2. Jahrgang.

Schlesische

Nr. 64.

Volkswacht.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Postzeitungsliste Nr. 5540.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen Teil: Fritz Kunert, Breslau, Wilhelms-Ufer 1.

Postzeitungsliste Nr. 5540.

Die „Schlesische Volkswacht“ ist durch unsere Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post, durch Colporteure zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf.

Dienstag, 17. März 1891.

Die „Schles. Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal. Der Inseratenpreis für die 5 gespaltene Petitzeile beträgt 20 Pf.

Parteigenossen!

Zur Uebernahme von Referaten für die Provinz sind in Breslau bereit:

Paul Hennig, Töpfer. Friedrichstraße 6.
H. Schmidt, Zimmerer. Neudorfstraße 89 I, bei Scholz.
Oskar Schütz, Adresse der Expedition.
Ernst Zahn, „ „ „
Desgleichen der Unterzeichnete.

Von schlesischen Genossen referiren außerdem noch:

Baginski-Langenbielau.
Keller-Görlitz.
Kühn-Langenbielau.
Stolpe-Grünberg.

Diejenigen Einberufer von Versammlungen, welche auf Referenten aus Berlin reflektiren, mögen sich an nachstehend verzeichnete Genossen wenden:

Tutzauer, Mitglied des Reichstages.
Stadtverordneter **Vogtherr**, Rathaus.
Theodor Metzner, durch die Adresse Vogtherr.
Gottfried Schulz, durch die Adresse Auer, Katzbachstraße 9, I.

Genossen, welche als Referenten dieser Liste angereiht zu sein wünschen, wollen sich bei der Redaktion der „Volkswacht“ melden.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Fritz Kunert.

Staat und Gesellschaft als fruchtbarer Boden für das Geistesproletariat.

Um in möglichst unparteiischer Weise zu ergründen, aus welchen Ursachen das Proletariat des Geistes entsteht; woher es kommt, daß Viele, — die unseren höheren Lehranstalten ein vermeintlich bedeutendes Wissen und Können verdanken und damit für alle höheren Berufsarten die vom Staat für notwendig erklärte Vorbildung empfangen haben, — doch keine ihrer Leistungsfähigkeit entsprechende Lebensstellung zu finden vermögen und entweder in schweren Daseinskämpfen sich nur ein kümmerliches Loos zu erringen im Stande sind, oder sogar trotz redlichstem Bemühen zu Grunde gehen; — um die Ursachen dafür, so sagten wir, unparteiisch festzustellen, wollen wir vorerst das hören, was der in unserem vorigen Artikel zitirte Professor Haushofer darüber zu sagen weiß.

Er äußert sich nach dem Bericht der Münchener „Allgem. Ztg.“ (und der „Breslauer General-Anzeiger“ schreibt ihr nach) wie folgt:

„Große Schuld daran trägt die Ueberschätzung der sogenannten liberalen Berufsarten gegenüber dem bürgerlichen Erwerbe. Die „deutsche Bildung“ war seit dem dreißigjährigen Kriege bis vor kurzer Zeit das Einzige, was das Ausland an uns schätzte, daher begannen wir selber dieselbe weit zu überschätzen, und statt die Nation dadurch zu stärken, daß alle Güter und Fähigkeiten des Volkes harmonisch ausgebildet werden, verrannten die Deutschen sich in eine Ueberschätzung der Schule, welche mit eine Quelle des Geistesproletariats ist. Unser ganzes modernes Leben ist von krankhaftem Ehrgeiz durchsetzt, in allen geistigen Gebieten erobert unberechtigter Ehrgeiz sich lohnende Stellungen durch die Macht einer Reklame, welche der arme Geistesproletarier sich nicht leisten kann; der seichten öffentlichen Meinung, dem Gewissen der modernen Gesellschaft fällt hier Manches zur Last.

Sehr viel Schuld an dem Emporwuchern des Geistesproletariates in Deutschland tragen jene Eltern, welche die Knaben studiren lassen, ohne zu erwägen, ob einerseits die Geldmittel, andererseits Talent und Lust zur Vollendung der Studien ausreichen. So lange das Wissen mehr gilt als das Können, so lange nimmt das Geistesproletariat zu.“

Also einerseits trägt „große Schuld die Ueberschätzung der liberalen Berufsarten gegenüber dem bürgerlichen Erwerbe“. Wir haben uns auf unsere deutsche Bildung viel zu viel eingebildet und haben die Schule überschätzt. Und außerdem haben auch sehr viel Schuld die Eltern, welche ihre Kinder ohne Rücksicht auf Talent und Geld studiren lassen. Statt der liberalen Berufsarten hätten wir Deutsche den bürgerlichen Erwerb bevorzugen sollen und die Eltern, die nicht reich und deren Kinder nicht sehr talentbegabt waren, hätten ihre Jungen Arbeiter oder Handwerker, oder höchstens Subalternbeamte oder Kaufleute werden lassen sollen!

Natürlich! Wir Deutsche, d. h. das deutsche Volk, das ist ewig der Sündenbock, — das eingebildete, in krankhaftem Ehrgeiz lächerlich hoch hinaus wollende deutsche Volk! Wenn diese vortrefflichen Herren Professoren und ihre Gesinnungsverwandten Recht hätten, dann gäbe es kein Volk, welches so merkwürdig vielseitig, und mit so merkwürdig einander widersprechenden Eigenschaften behaftet wäre, wie das deutsche Volk.

Wenn es den Herren paßt, so ist das deutsche Volk viel zu bescheiden, dann besitzt es gar keinen Ehrgeiz, läßt sich von allen anderen Nationen auf dem Felde des internationalen Wettstreits deshalb immer viel zu leicht ausstechen u. s. w. Stets hat das deutsche Volk diejenigen Eigenschaften, die den Herren just in ihren Kram am besten passen, und die ihnen gestatten, die Schuld für alle möglichen Fehler, Sünden und sozialen Schäden, unter denen das deutsche Volk selbst am meisten leidet, auf seine Schultern abzuwälzen.

War es aber etwa das deutsche Volk selbst, welches sich künstlich in zwei schroff von einander getrennte Teile gesondert; in Gebildete, Herrschende und Genießende einerseits und in Ungebildete, Beherrschte, Darbende andererseits? Haben das nicht unsere Regierungen getan? Ist diese Scheidung nicht ein Wert des Staats? Und hält sie der Staat nicht etwa heut noch gegen alle dagegen anstürmenden Volksbestrebungen mit allen Mitteln krampfhaft aufrecht?

Wer einen solchen höheren Beruf wählen und sich damit eine einigermaßen auskömmliche Lebensstellung erringen, wer Richter oder Arzt, Lehrer oder Verwaltungsbeamter, Baumeister oder selbst Ingenieur, höherer oder auch nur mittlerer Post- und Telegraphenbeamter werden will, muß der nicht unbedingt unsere höheren Schulen, ja fast in allen Fällen das Gymnasium besucht oder absolvirt haben? Und selbst derjenige, der als Volkserwählter einst einzuziehen hofft in eine unserer parlamentarischen Körperschaften, hat alle Ursache, sich möglichst viel von der sogenannten höheren Bildung anzueignen, weil die Leute, die ihm dort an die Seite oder gegenüber treten, selbst diese Bildung besitzen und Jeden über die Achsel ansehen, der ihnen in Bezug auf Wissen nicht ebenbürtig erscheint.

Jene bevorzugten liberalen Erwerbsarten, das sind diejenigen, die bisher noch die meisten Aussichten auf eine angenehme und gesicherte Zukunft, auf Achtung der Mitbürger, auf öffentlichen Einfluß, wie auf Entwicklung aller der im Individuum schlummernden Fähigkeiten gewährt haben. Und diese sollte das Volk überschätzt und das bürgerliche Erwerbsleben sollte es unterschätzt haben! Von den bürgerlichen Erwerbsarten bietet fast nur noch der Kaufmannsstand die Möglichkeit, so viel zu erwerben, als zu einem behaglichen Dasein nötig ist, eine Familie mit der Zuversicht gründen zu können, daß man sie gut ernähren, seine Kinder gut zu erziehen vermag. Aber bedarf nicht auch der Kaufmann Geld, um sich, wenn er nicht besonderes Glück hat, ein eigenes Geschäft zu etabliren und so eine voraussichtlich bessere und sichere Existenz mit dem unumgänglichen nötigen Fundamente versehen kann? Und ist der Kaufmannsstand etwa nicht überfüllt? Wäre es wirklich zu wünschen, daß noch viel mehr junge Leute, als bisher der Fall war, Kaufleute geworden wären? Ist es nun aber mit allen übrigen bürgerlichen Erwerbsarten nicht noch viel schlimmer bestellt?

Bierbrauer, Bäcker, Fleischer und Wurstmacher werden allerdings nicht selten reich. Aber es haben sich doch gerade genug, wenn nicht schon zu viel Leute diesen Gewerben zugewendet. Die meisten anderen bürgerlichen Erwerbe sind aber einerseits auch überfüllt, und sie nähren außerdem fast alle, die sich ihnen widmen, nur sehr mangelhaft oder zu einem recht erheblichen Teile sogar über die Maßen schlecht.

Das deutsche Volk hat also schon aus rein privatwirtschaftlichen Gründen vollkommen recht, daß es die höheren Berufsarten bevorzugt. Es hat aber erst recht alle Ursache dazu, aus überaus wichtigen, kulturellen Beweggründen. Die verhältnismäßig beste Bildung war bislang eben doch nur zu haben auf den höheren und höchsten Bildungsanstalten, und jeder Mensch hat doch das sehr natürliche und sehr begründete Bestreben, alle seine geistigen Fähigkeiten möglichst zu entwickeln und an der Kulturarbeit der Menschheit nach Kräften teilzunehmen.

Und wie die jungen Leute das allerbest begründete Recht haben, nach hoher Bildung zu streben, sowol aus privaten als allgemeinen Rücksichten, ebenso brav und vernünftig handeln die Eltern, die ihren Kindern eine möglichst gute Bildung mit auf den Lebensweg zu geben und sie in diejenigen Berufsarten hineinzubringen suchen, welche ihnen unter den heutigen, freilich in jeder Beziehung mangelhaften Verhältnissen noch am ehesten eine befriedigende Lebensarbeit und einen den allgemein menschlichen Bedürfnissen genügenden Erwerb zu verbürgen scheinen.

Also: Das Volk hat Recht und unser Staat, sowie unsere bürgerliche Gesellschaft sind schlecht — das ist auch hier das Ende vom Liede.

Berliner Stadtverordneten-Versammlung.

Der Vorsteher, Stadtverordneter Dr. Stryck, eröffnet die Sitzung

Nach Eintritt in die Tagesordnung wird in der Etatsberatung fortgefahren.

Der Etat der Gasanstalten giebt zu keinen Bemerkungen Anlaß und wird nach den Vorschlägen des Etats-Ausschusses genehmigt

Bei dem Etat der Straßen-Beleuchtung bringt

Stadv. Tutzauer die Petition der Laternenanzünder zur Sprache, den er im Ausschuß bereits leider vergeblich vertreten habe. Die Laternenanzünder bitten, die Klasseneinteilung bei der Lohnzahlung in Fortfall kommen zu lassen

Bei der Aussichtslosigkeit der Annahme werde er (Redner) diese Forderung hier nicht aufnehmen, sondern sich nur auf den Antrag beschränken, die höhere Lohnklasse von 66 Mark monatlich schon nach dreijähriger Dienstzeit den Laternenanzündern zu gewähren. Gegenwärtig dauere es bis zu 7 Jahren, bevor dieser Satz erreicht werde. Die Nebenbeschäftigung, welche die Laternenanzünder noch betreiben könnten, sei zu geringfügig, um den geringen Lohn für eine 7–8stündige tägliche Arbeitszeit zu rechtfertigen.

Der Berichterstatter des Ausschusses, Stadtv Namslau, macht dagegen geltend, es sei ein Ding der Unmöglichkeit, Arbeitern, die im freien Vertragsverhältnis stünden, überhaupt das Recht, einen bestimmten Lohn zu fordern, einzuräumen.

Der Antrag Tutzauer wird daraufhin gegen wenige Stimmen abgelehnt und der Etat genehmigt.

Bei dem Etat der Straßen-Reinigung beantragt Stadtv. Zubeil, den Lohnsatz der dritten Klasse bei den Straßenreinigern von 2,75 Mark auf 3 Mark zu erhöhen. Auch würden Klagen über die vom Magistrat gestellte Bekleidung der Straßenreiniger laut. Die Stadt Berlin werde wol die 25 Pf. für 70 Arbeiter bewilligen können, zumal die Alters- und Invalidenversicherung den Arbeitern neue Lasten aufgelegt haben.

Der Antrag Zubeil wird abgelehnt.

Stadtv. Tempel beantragt einem Zimmerer, der mit 3,75 Mk. täglich eingestellt ist, einen Lohn von 50 Pf. für die Stunde zu bewilligen. Das müsse ein sonderbarer Zimmermann sein, der heute noch für 3,75 Mk. täglich arbeite. Für diese Summe sei ein guter Arbeiter nicht zu haben.

Stadtv. Eßmann erwidert, der Zimmermann habe im Sommer und Winter Arbeit und sei deshalb für den geringeren Lohnsatz zu haben.

Der Antrag Tempel wird abgelehnt.

Stadtv. Klein beantragt, das Einkommen der Wärterinnen in Bedürfnisanstalten von 40 Mark auf 45 Mark zu erhöhen. Der Lohnsatz sei sehr gering; die Stadt weise die Frauen damit auf das Almosen der Trinkgelder, auf den Bettel, an. Das sei der Gemeinde unwürdig.

Der Antrag Klein wird abgelehnt.

Im Uebrigen wird der Etat nach den Anträgen des Ausschusses genehmigt.

Bei dem Etat der städtischen Rieselfelder rügt

Stadtv. Stadthagen, daß aus dem Etat nicht hervorgehe, wie viel Lohn die Arbeiter auf den städtischen Gütern erhalten. In Malchow werde verheirateten Arbeitern 1,50 Mk. täglich Lohn gezahlt. Ein solcher Etat könne nicht genehmigt werden. Auch über die Behandlung der Arbeiter werde geklagt; so seien sogar Wahlbeeinflussungen vorgekommen, die gewiß von keiner Partei gebilligt werden würden. Ein Arbeiter sei entlassen worden, weil er sich erkühnte, in Berlin sich Rechtsbeistand zu suchen, weil er sich die Behandlung nicht gefallen lassen wollte. Redner bittet den Magistrat um Auskunft über diese Angelegenheiten und bittet, falls die gerügten, geringen Löhne zugegeben werden, die Zurückweisung des Etats an den Ausschuß und falls auch die Wahlbeeinflussungen zugestanden werden, das Gehalt des städtischen Gutsverwalters und des Gutsmeiers zu streichen. Vor Beschwerden hätten die Arbeiter Furcht, weil sie dann entlassen würden.

Stadtrath Marggraf erwidert dem Vorredner, daß Stadtverordneter Stadthagen im vorigen Jahre seine Beschwerdepunkte vorgetragen habe. Er, Redner, habe schon damals die eingehendste Untersuchung über etwa vorgekommene Wahlbeeinflussungen versprochen. Er könne heute erklären, daß es unwahr sei, daß ein Arbeiter seiner politischen Ueberzeugung wegen entlassen worden sei. Es seien keine Beschwerden eingegangen, auf unsubstantiirte Gerüchte einzugehen, sei nicht Sache der städtischen Behörden. Was nun die Löhne der Arbeiter betreffe, so sei er der Ansicht, daß der Magistrat keine sozialpolitischen Anschauungen haben dürfe. Die Höhe des Lohnes werde nach folgenden drei Grundsätzen bemessen. Erstens müsse derselbe auskömmlich sein, zweitens müsse er sich nach dem ortsüblichen Tagelohn und drittens nach den Leistungen des einzelnen Arbeiters richten. Schlechte und gute, faule und fleißige Leute könnten nicht gleich bezahlt werden. (Beifall.) Der Lohn sei aber höher als in der ganzen Umgebung. Jeder unparteiische Beurteiler der Verhältnisse müsse zugeben, daß die städtische Verwaltung ihren Arbeitern mit dem größten Wolwollen entgegenkomme, es werde der Stadt, nicht mit vollem Unrecht, der Vorwurf gemacht, daß sie zu sehr Berliner Verhältnisse auf das Land übertrage. Der Herr Stadtrath singt nun ein Loblied auf die herrlichen Wohnungen, welche der Magistrat seinen Landarbeitern gebaut hat und die Versammlung gerät darob in förmliche Begeisterung, auf manchen Gesichtern war etwas wie Neid zu verspüren. Er schildert, was für geräumige Küchen, Keller und Böden die Wohnungen hätten, die so eingerichtet seien, daß beiderlei Geschlechter nicht zusammenwohnen brauchen. Der Tagelohn betrage 1,50 M., dazu kämen aber außer freier Wohnung eine Menge Emolumente: Kartoffeln, Land, freie ärztliche Behandlung und Arzenei, nicht nur für sich, sondern auch für die ganze Familie. Der niedrigste Lohn betrage mit Einrechnung dieser Vorteile jährlich 592 Mk. Die höheren Lohnstufen betrügen 630 und 825 Mark. Beschwerden seien übrigens nicht eingegangen, Unzufriedenheit herrsche auf den Gütern nicht, wenn auch versucht worden sei, solche künstlich von außen hineinzutragen. (Lebhafter Beifall.)

Stadtv. Stadthagen erwidert, daß er seine Anfrage heut nicht wiederholt hätte, wenn der Magistratsvertreter vor einem Jahre schon eine solche Auskunft erteilt hätte. Vor einem Jahre wußte der Vertreter nicht, ob ein Lohn von 1,50 Mk. gezahlt wurde. Was die heutigen Angaben betreffe, so behält sich Redner den Nachweis vor, daß bestimmte Arbeiter das sogenannte Deputat nicht erhalten hätten. Die Leute führten keine Beschwerde, weil sie gewärtigen müßten, entlassen zu werden. Mit 1,50 Mk. kann Niemand auskommen; wenn die Leute dabei zufrieden seien, so beweise das nur, wie groß ihr Elend sei. (Oho!) Der Magistrat muß sozialpolitische Ansichten haben, freilich nicht die des Stadtv. Meyer I. — Was die Wahlbeeinflussungen betreffe, so werde er (Redner) Veranlassung nehmen, die Namen der Zeugen in einer besonderen Eingabe dem Magistrat mitzuteilen. —

Ein Antrag ist nicht gestellt und der Etat der Rieselfelder wird genehmigt.

Bei dem Etat des Zentral-Viehhofs beantragt

Stadtv. Stadthagen die Erhöhung der Schlacht- und Schaugebühr für Schweine um 10 Pf. zu streichen, damit nicht gegen die Stadt der Vorwurf erhoben werden könne, sie verteuere auch nur im Kleinsten die notwendigen Nahrungsmittel.

Der Antrag wird abgelehnt und der Etat bewilligt.

Zwölf Gebote für Arbeiter.

Noch vielfach haften den Arbeitern, ob organisirt oder nicht organisirt, so manche Fehler an, die geeignet sind, jede Vereinigung unter ihnen zu verhindern. Selbst in den bestehenden Organisationen sind viele dieser Fehler die Ursache, daß dieselben an ihrer Weiterentwickelung gehindert werden, häufig tragen sie auch dazu bei, eine Organisation vollständig zu untergraben. Sollen aber diese Fehler beseitigt werden, so müssen alle die Arbeiter, welche ernstlich gewillt sind, für ihre nächstliegenden Interessen einzutreten, es für ihre heiligste Pflicht halten, die Aufgaben zu erfüllen, welche wir in den folgenden zwölf Geboten anführen werden:

1. Du sollst nicht glauben, daß eine Gewerkschaft nur zum Streiken da ist, sondern stets eingedenk sein, daß dieselbe auch noch andere Aufgaben zu erfüllen hat.

2. Du sollst nicht meinen, daß eine Gewerkschaft deshalb nichts wert sei, weil Deine Idee nicht gleich oder nicht immer Anklang findet.

3. Du sollst nicht erwarten, daß Dein Lohn schon gleich sich um ein bedeutendes hebt, wenn Du einige Zeit Deine Beiträge an die Gewerkschaft bezahlt hast.

4. Du sollst Dir nicht einbilden, daß man mit niedrigen Gewerkschaftsbeiträgen sich hohe Löhne erringen kann, denn mit wenigen Opfern wird selten etwas großes erreicht.

5. Du sollst nicht denken, „es geht auch ohne mich in der Versammlung", denn wenn jeder Arbeiter so denken würde, wie es häufig leider der Fall ist, dann ist es überhaupt mit der Gewerkschaft schlecht bestellt.

6. Du sollst nicht bei einer Versammlung Dich vorzeitig drücken.

7. Du sollst nicht bei einer Versammlung gar zu viel und über alles sprechen. Bedenke, daß es auch im schönsten Musikstück Pausen geben muß.

8. Du sollst nicht kapitalistische Zeitungen kaufen, so lange Arbeiterzeitungen um ihre Existenz zu kämpfen haben.

9. Du sollst Dich nicht ein „Gewewerkschaftsmitglied" nennen, wenn Du nicht wenigstens ein Arbeiterblatt hältst und mehr als eins, falls es Dir möglich ist.

10. Du sollst nicht vergessen, daß Arbeiterblätter, nachdem man sie gelesen, weiter gegeben werden sollen, damit auch andere sie lesen. Arbeiterblätter sind für unsere Sache zu wertvoll, um zum Einwickeln benutzt zu werden, namentlich, bevor man sie gelesen.

11. Du sollst nicht Bücher oder Schriften, welche Dich in Bezug auf die sozialen Verhältnisse aufklären, und Dir den Weg zur Besserung Deiner Klassenlage zeigen können, unbeachtet lassen, um dafür erfundene Geschichten — oft recht dumm erfundene! — zu lesen. Die soziale Wissenschaft, von den Arbeitern verstanden, wird die sozialen Verhältnisse derselben um ein bedeutendes besser gestalten.

12. Du sollst nicht — das obige vergessen.

Ja, wenn alle Arbeiter das Vorgesagte nicht vergessen, sondern wol beherzigen und streng danach handeln wollten, dann wäre die Möglichkeit vorhanden, sehr leicht und starke Organisationen zu bilden, mit welchen es möglich ist, den Stürmen, welche auf wirtschaftlichem Wege ihnen entgegentreten, erfolgreich Widerstand zu leisten.

Deutschland.

Berlin. Der Abgeordnete Windthorst, einer der verwegensten und glücklichsten Spieler des ultramontanen „Meine Tante, deine Tante", — starb unlängst. Der Grabstein der Exzellenz a. D. soll die Inschrift tragen: Ich gab Dir, damit Du mir gabst.

Bei der „Schlacht um die Schiffe" hat der Freisinn sich bekanntlich gespalten, worüber ihm die „Frankf. Ztg." in höchst gebührender Weise den Text liest. Da heißt es unter anderem:

Es galt, den „staatserhaltenden" Diensteifer des Herrn Windthorst, der bei den Unteroffizierspräminen geglänzt hatte, zu überholen und mit dem lauten: „Herr, hier sind wir!" um eine Nasenlänge früher durch das Ziel zu gehen, als die kleine Exzellenz. Wohin eine Partei, die dergleichen unter den Schutz der Meinungsfreiheit in zweifelhaften Dingen, der libertas in dubiis (in zweifelhaften Fragen Freiheit der Entschließungen), stellen will, am Ende geraten muß, sagt

Umsonst geopfert.

Erzählung von Robert Schweichel.

II.

Sein Gang hatte etwas Trippelndes und dabei wiegte er den Oberkörper hin und her. Der Gegensatz, der auf diese Weise entstand, war seltsam genug. Der Oberkörper machte die Bewegung eines gemächlich Schlendernden, während die Füße voller Ungeduld waren. Der Hut beschattete ein rundes, etwas schwammiges Gesicht mit braunem Schnurr- und Knebelbart. Als er in die Nähe der Bank kam, brachte er eine goldene Lorgnette, die an einem schwarzen Bande über den Rock hing, vor die Augen, ließ sie indessen nach einem Blick auf das Paar fallen und rief jovial, indem er lebhaft mit der Rechten winkte: „Ah, Herr Kraft, guten Abend, guten Abend!"

„Guten Abend, Herr Schmidt!" dankte dieser, aber seine Stimme, die vorher so sanft zu dem Mädchen gesprochen hatte, klang hart, fast rauh.

„Nur einen Wunsch und ein Verlangen," trällerte Herr Schmidt aus Gluck's „Iphigenie". — „Fräulein Braut? — Angenehm."

Kraft antwortete nicht und der andere fuhr leichthin fort: „Köstlicher Abend! Köstliche Stimmung! Wie geht es Ihrem Herrn Prinzipal? Vortrefflicher Mann, allgemeines Urteil. Soll ja neulich im Bürgerverein zu Rehburg eine famose Rede gehalten haben. Ueber staatsrechtliche Verhältnisse, Rechte und Pflichten der Bürger, Freiheit, was weiß ich. Wir Künstler verstehen nichts von der Politik, ha ha ha!"

„Ich bin Arbeiter, Herr Schmidt, und nicht Mitglied des Bürgervereins", versetzte Kraft ruhig. „Worüber aber Herr Schlüssel auch gesprochen haben mag, Hand und Fuß wird es wol gehabt haben; darauf können Sie sich verlassen, daß er den Nagel auf den Kopf zu treffen weiß; daß ihm das Wol der Mitmenschen am Herzen liegt, und daß er es ebenso ehrlich meint, wie er mutig ist, dafür ist er in ganz Schlesien bekannt."

„Gewiß, gewiß, mein lieber Herr Kraft, obgleich ich nicht die Ehre habe, Herrn Schlüssel persönlich zu kennen," versicherte Schmidt. „Und das muß ich denn doch auch sagen, wie wenig ich mich sonst um diese Dinge kümmere — meine Palette und schöne Mädchen, ha, ha, ha! daß es an der Zeit sein dürfte, daß alle freisinnigen Männer des Landes sich sammeln und einmütig auf den Erlaß der längst verheißenen Verfassung dringen. Wer anders als Herr Schlüssel könnte in unserer Provinz die Führerschaft übernehmen, der Mann der Ueberzeugung und der Tat!"

Kraft schwieg mit zusammengezogenen Brauen; der Künstler aber plauderte weiter: „Muß über mich selbst lachen, wenn ich mich auf solchen Gedanken ertappe! Sie müssen wol in der Luft liegen. Apropos! Sie kennen wol den Tischler Wurm in Rehburg?"

Der Werkmeister verneinte kurz.

„Nicht?" erstaunte Herr Schmidt. „Nun, ich malte eines Tages in der Nähe des Städtchens, Wurm kam dazu — gerieten in ein Gespräch. War, wie Sie, ganz begeistert für Herrn Schlüssel. Deklamirte, komischer Kauz, dieser Wurm. Aber Sie sollten ihn doch kennen, kommt ja häufig in die Papierfabrik nach Ehrenberg."

„Wenn er es behauptet hat, so hat er Sie belogen," entgegnete Kraft. „Er ist ein verkommenes Subjekt, soviel ich gehört habe, und Herr Schlüssel beschäftigt nur ordentliche, zuverlässige Leute."

„Natürlich, nur zuverlässige Leute," bestätigte der Maler. „Aber ich fürchte, Ihr Fräulein Braut wird ungeduldig. „Verzeihung! Guten Abend!" Er verbeugte sich vor Käthe, winkte Kraft einen Gruß mit der Hand zu und trippelte wieder, eine Opernmelodie trällernd, davon.

Kraft sah ihm mit finsteren Blicken nach. „Was der Mensch sich nur fortwährend in unseren Bergen umhertreibt", sagte er.

„Aber Fritz", entschuldigte Käthe, „unsere Berge sind doch gar so schön und er ist ein Maler."

„Freilich und sie schön," gab er zu; „aber so ein Maler muß kein Herz haben. Hat er denn bloß Augen für unsere Felsen, Täler und Wasserstürze und sieht nicht das Elend der Menschen."

Ja, das menschliche Elend bildete eine traurige Staffage zu den landschaftlichen Reizen des Riesengebirges! Wie anders war das früher gewesen! Wenn Herr Schmidt damals mit seiner Zeichenmappe oder seinem Malkasten die Täler durchwandert hätte, würde er in allen Dörfern und Flecken von Früh bis spät Spät den Gang der Webstühle gehört, überall behäbige, heitere Menschen gesehen haben. Die Gassen zogen sich zwischen sauberen Häuschen mit freundlichen Vorgärten dahin, in denen Rosen und Nelken blühten, und Reseda, Levendel und Geisblatt dufteten, und über die Bergwiesen breitete sich allerwärts die Leinwand zum Bleichen, daß sie wie Schneeweiß aussahen. Dann begann hier und

recht treffend die „Freis. Ztg.“ mit den melancholischen Worten: „Die freisinnige Partei würde bei solcher Taktik zuletzt nur dasselbe Schauspiel bieten, welches im Kartellreichstag die nationalliberal-konservative Mehrheit geboten hat, im Entgegenkommen gegenüber der Regierung stets die klerikal-konservative Mehrheit zu überbieten.“ Und schließlich wäre bei dem Wettbetrieb mit Kartell und Zentrum der Freisinn der erste, dem der Atem ausgehen würde.

Jedenfalls hätte der selige Windhorst die politischen Wettbestrebungen zu Wasser und zu Lande noch lange ausgehalten, wenn die Himmlischen nicht ein Einsehen gehabt hätten.

Die nachträgliche Auslegung der scharfen Absage des Reichskanzlers an die „Fortschrittspartei“, daß sie nur gegen den Eugen Richter'schen Flügel der Freisinnigen, die „Wasserstiefler“ gerichtet sei, hat die „Wadelstrümpfler“ um so mehr veranlaßt, sich der Regierung angenehm zu machen. Die Wadelstrümpfler sind die Rickert'schen Freisinnigen.

Daß bei diesem Wettlauf dem „Freisinn“ zuerst die „Puste“ ausgehen wird, liegt auf der Hand. Trotzdem wird der elegische Warnungsruf Richters nichts nützen. Ein Teil der „Freisinnigen“ hat es satt, sich Eugen Richters wegen als „grundsätzliche Opposition“ behandeln zu lassen; er sehnt sich, wie auch Doktor Waltemats der „Köln. Ztg.“, der von Eugen Richter am besten gehaßten Gegnerin, verraten hat, nach Wiedervereinigung mit den Nationalliberalen. Und das wird auch wol das Ende vom Liede sein.

Der Fachverein der Gelbgießer und Gürtler Hamburgs hielt seine Mitgliederversammlung ab. Die Abrechnung für die Monate Januar und Februar ergab eine Einnahme von 152,59 M. und eine Ausgabe von 64,60 Mk., somit einen Kassenbestand von 87,99 Mk. Beim Bericht über die Versammlung der Gewerkschaftsdelegirten wurde hauptsächlich auf die Vorteile des Markensystems gegenüber dem Listensystem zur Aufbringung von Unterstützungen für Streiks und Aussperrungen hingewiesen. Es wurde aufgefordert, für den Vertrieb der Marken in allen Werkstätten tüchtig einzutreten; es geschehe dies am besten dadurch, daß man sich gegenseitig die Karten zeigt resp. dieselben zu sehen verlangt, denn das würde ein Sporn für Diejenigen sein, welche sich bisher bei dem Listensystem vom Zeichnen drückten, oftmals sagend, sie zeichnen auf andere Listen; dieses kann jetzt nicht mehr geschehen, denn sie werden alle durch häufiges Fragen nach ihrer Karte an ihre Pflichten für die kämpfenden Arbeiter erinnert werden. Bezüglich der Maifeier wurde berichtet, daß die Delegirten einen Beschluß gefaßt haben, ähnlich dem, welcher bereits im vorigen Jahre von unserm Verein bestehenden Kommissionen, wie Unterstützungs-, Bibliotekkommission u. s. w., aufzulösen und alle diese Angelegenheiten einer Kommission zu überweisen, doch wurde dieser Antrag nach kurzer Debatte vorläufig zurückgezogen. Hierauf wurde beschlossen, ein von langer Krankheit heimgesuchtes Mitglied, welches früher für den Verein sehr tätig war, mit 50 M. zu unterstützen. Nachdem dann noch einige innere Angelegenheiten erledigt, sowie Anträge zur nächsten Tagesordnung gestellt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Die fortdauernde Beschlußunfähigkeit des Reichstages, in dem oft kaum der dritte Teil der Abgeordneten anwesend ist, wird selbst den Kartellparteien allmälig bedenklich. So schreibt der Monitör der Nationalliberalen, die „Nationall. Korr.“:

„Diese andauernde Unmöglichkeit, den Reichstag in geregeltem Gang zu halten, erregt nachgrade wachsende Verstimmung und Besorgnis in parlamentarischen und außerparlamentarischen Kreisen. Vielfach werden die Unmöglichkeiten erörtert, diesem Uebelstand abzuhelfen (Herabsetzung der Beschlußfähigkeitsziffer, Gewährung der Diäten u. a.). Der jetzige Zustand ist jedenfalls unwürdig und schädigt auf die Dauer das ganze parlamentarische Wesen.“

Es tritt allmälig das ein, was Fürst Bismarck durch die knappe Bemessung der Rechte des Reichstages zu erreichen wünschte: den Parlamentarismus durch den Parlamentarismus tot zu machen. Wollte man, „um die Geschäfte zu fördern“, auf die unglückliche Idee verfallen, die Beschlußfähigkeitsziffer herabzusetzen, so würde das den Verfall des Parlamentarismus in Deutschland nur beschleunigen und das vor aller Welt als skandalös dastehende Verhältnis der ewigen Beschlußunfähigkeit geradezu sanktioniren. Hier kann nur Abhülfe geschafft werden dadurch, daß die Machtstellung des Reichstages dem heute fast nur die Rolle zufällt, die Vorlagen der Regierung zu apportiren, gehoben wird und daß die Abgeordneten von Rechtswegen ein Ersatz geboten wird in Form von Diäten für die aus den immer länger sich ausdehnenden Sessionen sich ergebenden materiellen Opfer.

Mannheim. Das sozialdemokratische Komitee zur Vertreibung der Landtagswahlen berief zur gemeinsamen Besprechung der Agitation und Organisation eine Parteikonferenz für den 11. badischen Reichstags-Wahlkreis auf den 15. d. Mts. nach Mannheim.

Der bayerische Militärverdienstorden. Man mag dem Dekorationswesen durch Orden und Ehrenzeichen mit noch so philosophischer Gelassenheit oder sogar mit ironischer Betrachtung gegenüberstehen, so hat man doch damit als mit einer einmal bestehenden Einrichtung zu rechnen. Da dieselbe indessen gerade wegen ihrer Kreuzerlichkeit unter gewissen Ansprüchen hervortritt, so führen Mißgriffe und Ungeschicklichkeiten um so eher zur Lächerlichkeit und fordern eine herabsetzende Kritik heraus. Im großen Ganzen waltete eine scharf beobachtete hierarchische Gliederung im bayerischen Militärverdienstorden; die Klassen waren genau so geregelt wie bei den Chinesen die Knöpfe der Mandarinen oder bei den Siamesen die Sonnenschirme der Würdenträger. In neuester Zeit machte sich das Bedürfnis einer Aenderung geltend. Diese ändernden Verordnungen sind nun erschienen. Der Sinn dieser Verordnungen gestaltet sich nach dem „Fränk. Kur.“ folgendermaßen: Die Inhaber der Ordenszeichen, welche sie mit ihrem Blute und mit ihren zerschmetterten Gliedern erworben haben, dürfen die neuen Abzeichen, für deren Anschaffung sie einem moralischen Zwange unterliegen, um ihr eigenes Geld kaufen, und dafür „können“ — beileibe nicht: müssen — ihre einstigen Erben von ärgarischen Schätzleuten eine Entschädigung erhalten, die bloß in deren Belieben steht und daher jedenfalls zu den bittersten Auseinandersetzungen führen muß. So handelt man den Veteranen der Kriege 1866 und 1870.71 gegenüber! Muß ein derart ungeschicktes, echt bureaukratisch ersonnenes Gebahren nicht das Gefühl herber Kränkung erzeugen?

Aus der Berliner Freien Gemeinde. Unser Gesuch bei den Ministern des Innern und des Kultus um Einführung der Leichenverbrennung ist abschläglich beschieden worden, weil „letztere innerhalb des preußischen Staates zur Zeit nur eine verhältnismäßig geringe Zustimmung gefunden habe.“ — Der Vorstand hat nun Petitionslisten anfertigen lassen, um möglichst viele Unterschriften, auch von Nichtmitgliedern zu sammeln. Die Listen liegen in allen Versammlungen aus und werden auf Wunsch Jedem, der in seinen Kreisen wirken will, zugeschickt. — Die Gemeinde macht bekannt, daß Herr Dr. Völkel verhaftet worden ist, weil er eines Vergehens gegen Paragraph 166 des Reichs-Strafgesetzes (Gotteslästerung, Beschimpfung der Kirche u. s. w.) beschuldigt wird. Gegen eine Sicherstellung von 5000 Mark soll die Freilassung erfolgen. Die Gemeinde hat nun am Montag zu beschließen, ob sie nötigenfalls die ganze Summe oder einen Teil derselben hergeben will.

Aus dem Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion. Für die Durchführbarkeit eines 10stündigen Maximalarbeitstages bringt das Referat mannigfache Belege; die verschiedensten Industrien sind nämlich im Berichtsjahre mit freiwilligen Kürzungen der Arbeitszeit ohne Lohnausfall für die Arbeiter vorgegangen. Ferner weist die badische Fabrikinspektion nach, daß eine Ergänzung des Truckparagraphen durch eine Bestimmung, welche nicht nur die Kreditirung, sondern auch die Abgabe gegen Baar von Lebensmitteln zu einem die Anschaffungskosten übersteigendem Preise unter Strafe stellt, unbedingt nötig ist. Dieser Wink wird hoffentlich noch für die dritte Lesung der Gewerbenovelle beherzigt. Ueberhaupt bestätigen die Erhebungen der badischen Fabrikinspektion im Wesentlichen die bekannten Schilderungen Bebels von dem Kantinenwesen in Fabriken. Die Entrüstung „gutgesinnter“ Blätter, die s. Z. Bebels Anklagen als „wüste Hetzereien“ bezeichneten, ist also wieder einmal, wie schon so oft, ganz am unrechten Platz gewesen. Der badische Bericht weiß eben sehr wol zwischen kontrolirten und unkontrolirten Behauptungen zu unterscheiden und legt es sogar bezüglich anderer Dinge der Arbeiterpresse an mehreren Stellen ziemlich nahe, für ihre größere Glaubwürdigkeit durch bessere Vorprüfung einzelner Mitteilungen zu sorgen. Auf diejenigen Teile des Berichtes, welche gesetzliche Arbeitervertretungen und Aehnliches betreffen, wird gelegentlich zurückzukommen sein. Einstweilen sollten die Freunde des Arbeiterschutzes im Reichstage bemüht sein, sich für die demnächst wieder aufzunehmenden Verhandlungen mit dem unmittelbar verwertbaren Materiale gründlich vertraut zu machen, das

---

dort ein Fabrikschornstein den schlanken Riesenleib gen Himmel zu strecken, das freie Bergwasser ward in das Joch der Maschinen gespannt, und Feuer und Wasser warfen das Weberschiffchen, das bisher die menschliche Hand sorgsam gelenkt hatte, mit der Schnelligkeit des Blitzes rastlos hin und her. Die Zeit bestimmt den Wert — nicht den Marktpreis — der Arbeit und der Verdienst der freien Weber sank allmählich auf den Lohn der Fabrikarbeiter herab. Aber sie hielten zäh an ihren Handwebstühlen fest, von denen viele noch von alter, längst überholter Konstruktion waren, wie die Junker an ihren Stammbäumen; sie wollten nicht in die Fabriken gehen, sie waren ja gelernte Meister, und sie kämpften, Jeder auf eigene Hand, den hoffnungslosen Kampf weiter, hoffend, daß Rübezahl die schnaufenden Ungeheuer, die sich in sein Reich eingedrängt hatten, in seinem Zorn zermalmen würde. Der Mensch glaubt Alles, nur nicht, daß das Neue Bestand haben könne; sein Glaube ist die Ewigkeit des Alten. Aber der grimme Berggeist regte sich nicht und Alles wuchs in's Große, in's Riesige: die Spinnereien und Webereien, die Bleichen und Färbereien. Die Zeitungen segneten die Fabriken, welche Tausenden von Menschen, die bisher im Gebirge vom Schmuggel, Holzdiebstahl, Wildern und Bettel ihr Dasein gefristet hatten, Arbeit und Brod gaben. Sie priesen den Aufschwung der Industrie, die ihre Gewebe auf alle Märkte warf und den Ruhm der schlesischen Leinwand durch alle Welt trug.

Indessen war das vergebliche Ringen des Handwerks mit der Fabrikarbeit nur das Vorspiel zu dem erbitterten Zweikampf auf Tod und Leben gewesen, der nun zwischen der schlesischen und englischen Leinwand-Industrie anhob. Hüben und drüben sausten und brausten, klippten und klappten die Webstühle ohne Ruh und Rast. Wer die ungeheuren Massen von Produkten, die auf den Markt geworfen wurden, verbrauchen sollte, danach fragte man nicht. Den Kampfplatz mußte Derjenige behaupten, der die größte Ausdauer besaß. Was wollte da aber das Kapital der schlesischen Fabrikanten gegen die Geldmacht bedeuten, welche die Engländer in's Feld führten? Wer am billigsten produzirt, muß den Sieg davon tragen, sagten die Schlesier und der Lohn wurde auf den Hungerpunkt herabgesetzt; allein es nützte nichts, denn die Engländer taten das Gleiche. Da begann sich in die schlesische Leinwand ein Baumwollfaden nach dem andern einzuweben, und als ob es die brennenden Zündfäden einer Mine gewesen wären: ein Krach und Alles flog in die Luft. Die Welt wies die gefälschte Waare zurück, die in ungeheuren Massen auf allen Märkten lagerte, und England triumphirte. Wenn auch mit schweren Wunden, so ging es doch mit ungeschmälerter Ehre aus dem Kampfe hervor.

Die schlesischen Webstühle, gleichviel ob sie Menschenhand, Wasser- oder Dampfkraft in Bewegung setzte, standen still; Tausende von fleißigen Arbeitern waren mit Weib und Kind auf das Pflaster geworfen, und durch die Städte, Flecken und Dörfer in den schönen, grünen Tälern schlich das scheußliche Gespenst des Hungers.

(Fortsetzung folgt.)

Humoristische Ecke.

A Schlaucherl. Daß der Jackl a Schlauchl is woaß a Jeder, der ihn kennt und auch der Nazi hat neulich wieder ebbas von ihm g'lernt. Wia die zwoa nämlich mit einand wallfahrten warn, hat ihnen der fromme Pater Kilian wieder seine Lieblingsbuße auferlegt, sich Erbsen in die Schuh zu tun und darauf heamzugehn. Heamwärts trotten sie denn auch a ganze Weil neben anander her, endlich aber kann der Nazi net mehr. „I woas nit“, sagt er zum Jackl, „i moan, i kunnts schier nimmer dermacha und Dir kennt ma's glei gar net a, daß Du auf Erbsen gehast.“ — „O“, sagt der Jackl, „dös glaub i gern, hat aber au alls sei Ursach. Woaß', i han mir Dir mein Erbsen bei der Ochsenwirtin zuvor woach sieden lassen!“

* * *

Was ist Subordination? Subordination ist die mit Konsequenz und mit Erfolg durchgeführte Bemühung eines Untergebenen, dümmer zu sein als sein Vorgesetzter.

* * *

Man bemerkt bei den Sozialdemokraten doch schon recht deutlich, daß das Sozialistengesetz abgelaufen ist. Während sie früher in Folge der Ausweisungen immer wandern mußten, fangen sie jetzt in Folge gerichtlicher Urteile schon an, recht seßhaft zu werden.

Schnitzel.

Bauernglaube.

Ihr gönnt uns wol des Himmels Heil,
Gönnt Jedem daran gleichen Teil:
Das Heil der Erde ward Regal,
Uns blieb allein der Erde Qual.

Was baut ihr neue Kirchen doch!
Wir finden unsern Herrgott noch,
O baut ein einzig Haus einmal,
Drin wir vergessen unsere Qual.

der treffliche Bericht über Kinderarbeit, jugendliche Arbeiter, Maximalarbeitszeit, Frauenarbeit und Truckunfug in reichem Maße bietet.

Aus Schneeberg wird der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" geschrieben: Genosse Erth hielt im Juli v. J. hier einen Vortrag über „Glaube, Wunder, Wissen, Macht." Er wurde auf Grund verschiedener Aeußerungen angeklagt, religiöse Gebräuche verspottet zu haben. Die dritte Strafkammer des Zwickauer Landgerichts erkannte auf Freisprechung, das Reichsgericht hob jedoch das Urteil auf und wies die Sache an das Landgericht zurück. Nunmehr hat dieselbe Strafkammer, die ihn freigesprochen hatte, auf 6 Monate Gefängnis erkannt."

Neustadt in Holstein. „Ein sozialistischer Kindererzieher." Unter dieser Spitzmarke wird dem „Hamb. Korresp." von hier gemeldet: „Vor Kurzem wurde der Lehrer in Schlagsdorf a. Fehmarn seines Amtes entsetzt. Derselbe hatte seine Schüler längere Zeit mit sozialistischen Vorträgen unterhalten und erklärte auch seiner Schulbehörde gegenüber gleich, daß er zur sozialistischen Partei gehöre. Jetzt ist derselbe nach Berlin übergesiedelt. — Die Angaben stimmen. Es handelt sich um den Genossen Siewers, der sich z. Z. in Berlin aufhält.

Das konservative „Chemnitzer Tagebl." blamirt sich im Kampfe mit dem solizialistischen „Drachen" so gut es kann, wenn es ausspricht:

„Der städtische Rekrut, der von der Sozialdemokratie beeinflußte Industriearbeiter, verschwindet jetzt noch im Gros der Armee. Sollte die Umsturzagitation auf dem platten Lande triumphiren, dann würde sich das Bild wesentlich ändern. Wir wollen zwar nicht mit dem Deutschfreisinn sagen: dann wären wir verloren, aber schlimm, sehr schlimm stände es dann um unseren Staat. Darum erscheint es tatsächlich als ernsteste Frage unserer Zeit, auch der Landagitation der Sozialdemokratie mit vollster Energie entgegenzutreten. Nicht durch Verschwendung eines Ozeans von Tinte und Druckerschwärze, nicht durch Anwendung „geistiger" Waffen kann das geschehen, sondern durch zielbewußtes Vorgehen im Sinne der Hebung der Lage der Landarbeiter und durch rücksichtsloses Fernhalten der sozialdemokratischen Wölfe in Schafskleidern. Wenn wir wahrnehmen, mit welcher Wurstigkeit die Sozialrevolutionäre ihr auf Lug und Trug basirtes Agitationsprogramm öffentlich besprechen, wie sie Schritt vor Schritt ihren „Zug auf die Dörfer" vorbereiten und die täuschende Maske selber beschreiben, in welcher sie als Bauern- und Arbeiterfreunde sich einzuführen gedenken, so müssen wir notgedrungen den vollen Ernst der Lage erkennen und können nur immer wieder mahnen: Organisirt Euch ohne Zaudern und macht Euch stark und gerüstet zum Empfange der schleichenden Volksverführer. Hier helfen Repressivmaßregeln nichts; hier gilt es Präventivmaßregeln ins Auge zu fassen."

Der heilige Abraham a Sancta Clara könnte neidisch ob der Kapuzinade werden, in welche sich der eifrige Drachentöter schließlich verläuft. Sein köstliches Eingeständnis eigenen Unvermögens, welches sich in den Worten: „nicht durch Verschwendung eines Ozeans von Tinte und Druckerschwärze, nicht durch Anwendung geistiger Waffen kann das geschehen," hervordrängt, beirrt ihn ebensowenig, wie ihn ein Gefühl des guten Anstandes abhält, nachdem es kürzlich selbst einen journalistischen Kollegen wegen Beleidigung vor Gericht verklagt hatte, mit den injuriösesten Schmähungen, wie „sozialdemokratische Wölfe in Schafskleidern," „auf Lug und Trug basirtes Agitationsprogramm" „schleichende Volksverführer" u. s. w. um sich zu werfen.

Lüneburg. Den hiesigen Wirten, welche Arbeiterblätter in ihren Lokalen ausliegen haben, ging dieser Tage folgendes Schreiben zu:

Herrn Restaurateur N. N.

Lüneburg.

Es ist zur Kenntnis des Garnison-Kommandos gelangt, daß in Ihrem Lokal sozialdemokratische Zeitungen ausliegen. Sie werden aufgefordert, bis zum 12 d. M. hierunter zu erklären, ob Sie gewillt sind, in Zukunft keine sozialistischen Zeitungen oder Zeitschriften in Ihrem Lokal auszulegen. Erfolgt diese Erklärung nicht, so wird vom genannten Tage ab Ihr Lokal den Unteroffizieren und Mannschaften der Garnison verboten werden.

Brinkmann,
Oberst-Lieutenant und Garnisonältester."

Als „groben Unfug" haben verschiedene Gerichtshöfe es charakterisirt und bestraft, wenn Arbeiter aus irgend welchem Grunde irgend welche Geschäftsleute boykottiren. Ob auch dieser militärische Boykott unter den „groben Unfugsparagraphen" fällt, daß weiß allein der Staatsanwalt, dem wir die Sache zur Beachtung empfehlen. Die allgemeinen Strafgesetze dürften denn doch auch wol für Militärpersonen vorhanden sein. Im Uebrigen sollte man, wenn man den Wirten, welche sozialistische Zeitungen halten, den Militärbesuch entzieht, von ihnen auch keine Steuern zur Unterhaltung des Militärs einziehen.

Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist soeben das 24. Heft des neunten Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Das preußische Herrenhaus. Von Max Schippel. — César de Paepe (1841 bis 1890). Von F. Domela Nieuwenhuis. — Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten. 1840—1850. Von F. A. Sorge. — Literarische Rundschau. — Feuilleton: Das Checkbuch. Von G. J. Uspenski. Aus dem Russischen von P. Styczynski.

Die letzte Nummer der „Berliner Volks-Tribüne" erschien zur Feier des zwanzigjährigen Gedenktages der Pariser Kommune auf rotem Papier und ist ganz dem Kommune-Aufstand gewidmet.

Die Augenkrankheit gewinnt in Halle a. S. unter den Schulkindern immer größere Ausdehnung. Nachdem einige Klassen des städtischen Gymnasiums aus Anlaß der Erkrankung einer großen Anzahl Schüler geschlossen werden mußten, sind nun auch die Schulen in Giebichenstein auf Verfügung des Landrats wegen dieser Krankheit sowie wegen zahlreichen Erkrankungen an den Masern geschlossen worden.

Sonneberger Angelegenheiten. Unsere Tante in der Bahnhofstraße, die „Sonneberger Zeitung", welche unlängst wahrscheinlich aus Groll über den erbärmlichen Wahlsieg der deutschfreisinnigen Partei der sozialistischen Presse alle möglichen Schmutzereien anzuhängen versuchte, ist bereits selbst an die nicht sehr reinliche Arbeit gegangen, die Kotschleuder in Bewegung zu setzen. Wir werden unserer freisinnigen Tante in diesem Falle nicht den Rang ablaufen, aber mit den Trabanten und Ehrenmännern der freisinnigen Partei, welche sich zur Bekämpfung der Sozialdemokratie nur der Lüge und Heuchelei bedienen und dabei selbst an Moral und Sitte wurmstichig wie alte Möbel sind, werden wir noch gründlich abrechnen!

Zur Feier des 1. April! Eine Menge Leute zerbrechen sich den Kopf über die Feier des 1. Mai, darunter auch viele, welchen der Arbeiterfeiertag gar nichts angeht. Dagegen giebt es Leute, die schon früher Ursache haben, heiße Köpfe zu bekommen von angestrengter Denkbarkeit. In den „Hamburger Nachrichten" vom 1. März lesen wir folgenden Stoßseufzer: „Der 1. April naht! Wie werden wir dem großen Staatsmann, unserem Fürsten Bismarck, unsere Liebe und Dankbarkeit zum Ausdruck bringen? Ein 75 jähriger Patriot." Wir schlagen einen Festzug der ausgewiesenen Sozialdemokraten, Polen und Franzosen und ausgelieferten Russen vor. Auf Standarten könnten die derzeitigen Lebensmittelpreise guten Effekt machen; eine Guirlande von lithographirten Strafanträgen zierte die beiden Seiten des Weges vom Redaktionslokal der „Hamburger Nachrichten" bis zum Sitze des Altreichsraktenmannes in Friedrichsruh. Als Transparents empfehlen sich Nachbildungen der Schlachtenbilder Wereschegins. Weitere Vorschläge bitten wir den „Hamburger Nachrichten" gefälligst direkt einzusenden, damit dieses edle Organ seinen ratlosen 75 jährigen Patrioten in ihren patriotischen Schmerzen beistehen kann. Die volkstümliche Sitte, den 1. April festlich zu begehen, ist bekannt: man hält die Leute für Narren, indem man ihnen irgend einen beliebigen Bären aufbindet, und wenn sie darauf „reinfallen", lacht man sie aus und jubelt:

„Heut' ist der erste April,
Da schickt man die Narren, wohin man will."

Vielleicht genügt das auch!

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Volkszählungsergebnisse in Oesterreich. Einer von der k. k. statistischen Zentralkommission in Wien veröffentlichten Zusammenstellung über die vorläufigen Ergebnisse der Ende Dezember 1890 vorgenommenen Volkszählung entnehmen wir folgende Angaben: Die Gesammtbevölkerung Oesterreichs (Cisleithaniens) ist von 22 144 244 Seelen im Jahre 1880 auf 23 835 261 Seelen im Jahre 1890 (+ 1 691 017 = 7,6 Proz.) gestiegen. Prozentuell weisen die größten Zunahmeziffern auf die Provinzen Niederösterreich 13,8 Proz., speziell Wien 21,9 Proz.), die Bukowina (13,1 Proz.), Galizien (10,4 Proz.) und Dalmatien (10,1 Proz.) — die letzteren drei gelten in staatsfinanzieller Beziehung als die passivsten Provinzen des Reiches — die niedrigsten die Provinzen Tirol (0,9 Proz.), Oberösterreich (3,2 Proz.), Kärnten (3,4 Proz.), Krain (3,6 Proz.) und Görz mit Gradiska (4,2 Proz.). Die Anzahl der Häuser beträgt im ganzen Reiche 3 331 556, jene der Wohnparteien 5 020 528.

Erwischt und nicht erwischt! Die „Wiener Arbeiterztg." schreibt: Erwischt wurde ein 15jähriges Mädchen, welches, jedenfalls aus Not, ihrer Quartiergeberin einen Muff im Werte von 7 fl. entwendete. Sie wurde dafür, sowie wegen Falschmeldung und Vagabundage — sie durfte nicht zu den Eltern nach Hause — zu einem Jahre Kerker und Ausweisung aus Oesterreich verurteilt. — Nicht erwischt wurde der Geschäftsteilhaber des Sensenwerkes in Mondsee, Edler v. Weitenhiller, welcher die dortige Sparkasse um 47 Tausend Gulden auf 47 Wechselfalsifikate bestohlen hatte. Er dürfte sich „nach Amerika gewendet" haben — heißt es kurz in den Blättern.

Schweiz.

Wucher und Wucher. Die Züricher „Arbeiterstimme" schreibt: Nach dem züricherischen Wuchergesetz wird derjenige bestraft, welcher für sein Geld und Gut mehr als 6 Prozent Zinsen nimmt. Wer aber am Arbeiter 50 bis 100 Prozent Zinsen nimmt, wenn er ihn einer Herrschaft ausleiht, der geht nicht nur straflos aus, sondern er wird auch noch von jedem Richter Recht erhalten, sofern der Arbeiter sich einfallen lassen wollte, auf Wucher zu klagen. Der Arbeiter darf bewuchert werden tausendfach. Das ist „Recht" nach der heutigen Ausbeuterordnung. — Wie lange noch? So lange, als der Arbeiter den unerhörten Wucher duldet, den andere mit seiner Arbeitskraft treiben.

Italien.

Zur Untersuchung der Greueloffäre in Massaua ist eine Kommission eingesetzt worden, welcher der Generallieutenant Driquet vorsitzt. — Auch die Kammer hat sich mit Afrika beschäftigt.

Spanien.

— Seit dem 2. dieses Monats sind die Cortes wieder eröffnet worden. Soziale Reformen wurden in der Tronrede, welche die Königin verlas, in Aussicht gestellt; das ist ja jetzt ein stehendes Requisit fast aller Tronreden.

— Die in Biarritz zwischen dem exilirten spanischen Republikanerchef Ruiz Zorrilla und seinen Freunden gepflogenen Unterhandlungen behufs des ersteren Rückkehr, Wiedereintritt in die Kammer und Annäherung der revolutionären Gruppe an die republikanische Koalition haben bisher noch keinerlei Früchte gezeitigt, nicht zu verkennen sei angeblich, daß Zorilla weit mehr Geneigtheit als früher zeigt, besonders in der Amnestiefrage Konzessionen zu machen.

Frankreich.

Paris. In Menzel (Tunis) stürzte die Synagoge ein und verschüttete zahlreiche Kinder, bisher wurden 4 als Leichen aufgefunden.

Paris. Im Hippodrom ereignete sich ein gräßlicher Vorfall. Der Tierbändiger Steets, der mit seinen sechs Löwen dort Vorstellungen geben sollte, wollte um 5 Uhr Abends eine Probe machen. Ein Löwe gehorchte nicht und flüchtete unter das Orchester. Da es seinen Leuten nicht gelang, ihn hervorzutreiben, so begab er sich selbst mit einem Spieß in die Zufluchtsstätte des Löwen. Unglücklicher Weise entfiel ihm die Waffe, der Löwe stürzte über ihn her und faßte sein Bein mit dem Rachen. In einigen Sekunden war Steets mit Blut bedeckt und rief aus: „Ich bin verloren." Glücklicher Weise bewaffnete sich jedoch ein Arbeiter mit einem Brett und schlug auf den Löwen ein, bis es einem Gehilfen des Tierbändigers gelang, dem Tier einen Stich in den Kopf zu versetzen, um Steets freizumachen. An dem Aufkommen des Verletzten wird gezweifelt.

Belgien.

Die Schicksale der schönen Flora. Aus Brüssel wird geschrieben: Vor einigen Jahren arbeitete ein junges, hübsches Mädchen aus Quareanon, Namens Flora, in einer Kohlenzeche des Ortes. Kränklichkeit zwang sie, die Arbeit im Bergwerke aufzugeben. Sie wurde Putzmacherin, ging später nach Paris und fand in einem großen Geschäfte Anstellung. Diese Handlung arbeitete für den Harem des Sultans. Gelegentlich einer Sendung für jene Kundschaft wurde die schöne Flora mit einer Gefährtin nach Konstantinopel geschickt, um die Auslieferung der Waaren zu überwachen und etwa gewünschte Veränderungen an Ort und Stelle vorzunehmen. Flora kam nicht mehr nach Paris und auch nicht nach ihrem Dorfe zurück und war und blieb ver-

schollen. Kürzlich starb ein Onkel von ihr mit Hinterlassung einer kleinen Erbschaft. Auf Veranlassung der belgischen Gesandtschaft erschien in einem Bosporusblatte ein Aufruf, der die Beteiligten, u. A. Flora, zur Empfangnahme jener Erbschaft aufforderte. Man war auf der Gesandtschaft nicht wenig erstaunt, als am anderen Tage ein kaiserlicher Wagen, wie die Haremsdamen solche benützen, von Eunuchen eskortirt, vor dem Palaste des Gesandten hielt, eine verschleierte Dame demselben entstieg und im Bureau als die gesuchte belgische Flora sich auswies. Das Kohlenmädchen aus Quaregnon hatte bei ihrem Besuche des Harems das Aufsehen eines der mit dem Geschmacke des Großtürken vertrauten Beamten erregt, und auf Befragen ohne Weiteres sich bereit erklärt, dem Harem des Sultans anzugehören. In ihrem Heimatsdorfe wird sie wegen dieses unerhörten „Glücks" arg beneidet.

England.

Der Skandal im englischen High Life (vornehme Welt). Man schreibt aus London: „Der Prinz von Wales wird dieser Tage als Zeuge in einem Prozesse erscheinen, der auf das Leben und Treiben der englischen guten Gesellschaft ein trübes Licht wirft. Es handelt sich um eine von einem Baronet und reichen Offizier eines Crackregiments angeblich verübte betrügerische Handlung. Die Angelegenheit reicht in den September v. J. zurück, als der Prinz von Wales während der St. Leger-Woche als Gast des Herrn und der Frau Wilso in Donester weilte. Es war eine feine Gesellschaft eingeladen, der Tag wurde beim Rennen zugebracht und Abends wurde flott Baccarat gespielt. Hohe Einsätze gab es nicht, immerhin waren solche, welche den Tag über hunderte und tausende in den Händen des Bookmakers gelassen, Einsätze von 1 bis 5 Pfund beträchtlich genug. Etwa zwanzig Personen, Herren und Damen, spielten in Gesellschaft des Prinzen und unter diesen war einer seiner Intimen, der genannte Baronet, der im Rufe eines Mannes von tadelloser Ehre stand und ein Jahreseinkommen zwischen 30 000 und 100 000 Mark besitzt. Nun kamen einige Gäste am Montag Abend in der Doncasterwoche zu dem Schlusse, daß der Baronet betrogen habe. Er ließ sich, so behaupteten sie, die auf dem Kontinent als poussette bekannte Handlung zu Schulden kommen, die darin besteht, daß man Goldstücke über die Einsatzlinie stößt, um den Einsatz zu vermehren, wenn das Glück den Spieler begünstigt, oder ihn zu vermindern, falls er ungünstig ist. Einige der Gäste glaubten den Baronet auf der Tat ertappt zu haben und bildeten ein Komitee, um ihn an dem folgenden Tag zu bewachen. Es bestand aus fünf Personen, zwei Damen und drei Herren; einer derselben war ein Offizier im selben Regiment wie der Baronet. In Folge dieser Beobachtungen wurde beschlossen, dem Baronet auf den Leib zu rücken. Zwei Herren, General Owen Williams und Lord Coventry, wurden beauftragt, dem Baronet die Sache mitzuteilen. Der Baronet stellte die Beschuldigungen nachdrücklich in Abrede. Natürlich hörte der Prinz davon. Er haßt nichts so sehr, als einen Skandal, und auf seine Vermittelung hin wurde ein Abkommen getroffen, daß die Enthüllungen den Ohren der skandalsüchtigen Welt entziehen sollte. Der Baronet, der noch immer die Sache ableugnete, gab schriftlich das Versprechen, nie mehr die Karten zu berühren und die Zeugen versprachen auf ihr Ehrenwort, reinen Mund zu halten. Der Baronet blieb als Gast im Hause; die Gesellschaft löste sich erst am Tag darauf in Folge eines Todesfalles auf. Aber die Sache kam doch unter das Publikum. Der Baronet hörte davon und sein erster Gang war zu dem bekannten Notar St. John Wontner, der bereits den fünf Herren und Damen, welche als Dilettanten-Detektivs fungirt, Vorladungen wegen Ehrenbeleidigung zugesandt hat. Die Angeklagten haben ihrerseits den Notar George Lewis mit ihrer Verteidigung beauftragt; Sir Charles Russell ist als Advokat engagirt und wird, wie beim famosen Prozeß des Harry Marks, mit dem Advokaten Gill die Waffen kreuzen. Mittlerweile haben die fünf Oberoffiziere des Regiments, in welchem der Baronet dient, in Windsor einen Ehrenrat abgehalten, den Baronet vorgeladen und ihm vorgeschrieben, seine Stelle niederzulegen. Er bot aus freien Stücken seine Demission an. Natürlich werden noch jetzt Anstrengungen gemacht, die Sache dem Gerichte zu entziehen. Ob mit Erfolg, wird sich bald genug zeigen.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

88. Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Reichshaushalts-Etats für 1891—92. Eine Generaldebatte findet nicht statt. Beim Etat des Auswärtigen Amts weist Abg. Richter darauf hin, daß er in der zweiten Lesung die Vorlegung des mit dem Wolff'schen Telegraphenbureau abgeschlossenen Vertrages verlangt und der Reichstag sie beschlossen habe. Herr v. Stephan habe das Haus selbst an das Auswärtige Amt gewiesen.

Staatssekretär **von Marschall**: Dem Antrage, den Vertrag vorzulegen, kann ich nicht nachkommen, weil ein solcher Vertrag nicht besteht. Er hat bestanden, ist aber 1869 abgelaufen und es besteht nur ein tatsächlicher, schriftlich nicht fixirter, jederzeit widerruflicher modus vivendi: für gewisse Leistungen des Wolff'schen Bureaus ist seitens der Regierung angestanden worden das Vorrecht der Wolff'schen politischen Telegramme innerhalb derselben Kategorie von Telegrammen.

Abg. **Richter**: Herr v. Stephan wollte es so darstellen, als wenn für das Reich ein lästiger Vertrag vorliegt, der nicht geändert werden kann. Ein solcher Vertrag besteht also nicht, wie wir schon von vornherein angenommen haben. Es handelt sich also lediglich um eine Zweckmäßigkeitsfrage.

Staatssekretär v. **Bötticher** bestreitet, daß die „Berliner Politischen Nachrichten" irgend welche Artikel seitens der Regierung erhalten. Bezüglich der Thronrede ist allerdings einmal eine Beschwerde laut geworden; sie ging von einem entlassenen Beamten des Wolff'schen Bureaus aus und hat Anlaß gegeben, noch größere Vorsicht anzuwenden. Die Thronrede wird zur Verfügung gestellt, um die schnelle Verbreitung in den verschiedenen Formen vorzubereiten.

Abg **Richter**: Es kann doch leicht durch die Formen der Beförderung der Telegramme eine Bevorzugung der einen oder der anderen Firma stattfinden. Die „Berliner Politischen Nachrichten" haben, nach einem Eingeständnis des Herrn v. Scholz, direkt offiziöse Nachrichten erhalten. Hat Herr von Bötticher die Erklärung im Namen der Reichsregierung oder auch im Namen der preußischen Regierung abgegeben? Ich behalte mir vor, auf die Angelegenheit in der Form eines Antrages oder in anderer Weise zurückzukommen.

Damit schließt die Diskussion.

Bei den Ausgaben für die Gesandtschaften kommt Abg. **Jebsen** auf seine frühere Bitte zurück, die Deutschen in Chile durch deutsche Schiffe zu schützen. Man hat gesagt, es sei kein Schiff entbehrlich. Das Kreuzergeschwader ist kurz nach meiner Anfrage in China angekommen, man hätte es nach Chile schicken können, und vielleich tut man es noch.

Reichskanzler v. **Caprivi**: Wenn die Reichsregierung die Absicht gehabt hätte, Kriegsschiffe nach Chile zu senden, so würden sich ihr dazu mehrere Wege dargeboten haben. Sie konnte Schiffe von Australien schicken, die Reise hätte dann 1½ Monat gedauert. Die Meinung des Vorredners, es wäre gut, wenn in Samoa weniger deutsche Schiffe ständen, teile ich nicht; wir haben in Samoa deutsche Interessen zu vertreten und können dort kein Schiff entbehren. Der zweite Weg wäre der gewesen, ein Schiff von dem Kreuzergeschwader zu entsenden. Dieses Geschwader hat aber jetzt genug zu tun — es befindet sich jetzt in den chinesischen Gewässern, weil unsere Geschäftsträger in China und Japan das Erscheinen des Geschwaders dringend verlangt haben. Für die Entwickelung unseres Handels ist uns außerdem China und Japan viel wichtiger, als Chile. Wollen wir unserem Handel dort neuen Boden gewinnen, so ist es notwendig, daß unser Geschwader dort von Zeit zu Zeit erscheint, um zu zeigen, was deutsche Industrie vermag. Die japanische Regierung hatte mehrere Torpedoboote in Deutschland bestellt und um sie zu montiren mußten deutsche Schiffsingenieure zur Stelle sein.

Abg. **Jebsen**: Einen Krieg mit Chile will auch ich nicht; ich will nur eine Beruhigung der Gemüter, da wo der Pöbel herrscht. Die Wiederherstellung der südamerikanischen Station wäre im Interesse des Handels durchaus geboten.

Bei dem Titel des Gouverneurs für Kamerun fragt Abg. **Richter** an, ob sich die Nachricht bestätige, daß die Regierung die Aufnahme einer Anleihe von 1½ Millionen unter Verpfändung der Zölle in Kamerun beabsichtige. Eine solche Anleihe wäre doch nur mit Zustimmung des Reichstags möglich.

Geh Legationsrat **Kayser**: In der Tat schweben Verhandlungen über eine solche Anleihe. Nach dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Schutzgebiete hat in den letzteren der Kaiser die oberste Finanzhoheit, eine Mitwirkung des Reichstages wäre also bei einer Anleihe nicht nötig. Man erwartet von der Entwickelung in Kamerun in nächster Zeit so hohe Einkünfte, daß sie nicht nur zu Deckung der Zinsen der Anleihe, sondern auch sämmtlicher Verwaltungskosten ausreichen werden. Die Regierung wird also mit einer Forderung für die letzteren an den Reichstag nicht herantreten.

Abg. Frhr. v. **Stauffenberg** (dfr.): Ich frage: Wer nimmt die Anleihe auf und wer wird der Schuldner?

Geh Legationsrat **Kayser**: Die Anleihe soll nicht so aufgenommen werden, daß das Reich der Schuldner wird. Das Reich will nur eine bestimmte höhere Summe zur Verfügung haben, ohne eine Haftung für die Verzinsung.

Abg **Richter**: Ich bin erstaunt über die Antwort des Herrn Kommissars. Ich hätte die Nachricht für eine aus der irrigen Ansicht eines Kolonialschwärmers hervorgegangene gehalten.

Abg. v. **Bennigsen** (natl.): Ich muß meinen Freund Wörmann gegen den Vorwurf des Herrn Vorredners in Schutz nehmen. Woher hat denn Herr Richter seine Kenntnis über Herrn Wörmann? Auch ich halte diese Maßregel nicht für eine solche der bloßen Verwaltung. Zur tatsächlichen und rechtlichen Prüfung der Sache bitte ich die Resolution Richter, aber nicht den Titel, an die Budgetkommission zu verweisen.

Abg. **Richter**: Es ist eine Deputation in Berlin gewesen unter Führung des Herrn Wörmann, die gerade diese Angelegenheit betrieben hat. Man beabsichtigt schon in den nächsten Tagen an der Börse diese Anleihe aufzulegen, sollte das nicht der Fall sein, so wäre ich mit der Verweisung meiner Resolution allein an die Kommission einverstanden.

Die Resolution Richter wird demnächst an die Budgetkommission verwiesen, der Titel bewilligt.

Der Titel des Germanischen Museums in Nürnberg giebt dem Abg. v. Meyer-Arnswalde (kons.) Veranlassung zu der Bitte, im nächsten Etat größere Summen für Kunstzwecke aufzuwenden.

Beim Etat des Reichsgesundheitsamts fragt Abgeordneter **Barth** (dfr.) an, ob sich die Regierung nicht in Folge des neuen amerikanischen Schlachthof-Gesetzes entschließen wolle, andere Verordnungen über die Einfuhr amerikanischen Schweinefleisches zu treffen.

Staatssekretär v **Bötticher**: Sobald wir die Sicherheit haben, daß das amerikanische Schweinefleisch nicht gesundheitsgefährlich ist, werden wir das Verbot der Einfuhr aufheben. Zur Zeit haben wir nach den angestellten Untersuchungen diese Ueberzeugung noch nicht. Die dem amerikanischen Gesetze gemäßen Einrichtungen genügen uns nicht. Danach ist die Untersuchung ganz in das Belieben des Züchters gestellt und eine mikroskopische Untersuchung des Fleisches, die allein Sicherheit gewährt, ist überhaupt nicht vorgeschrieben.

Für das Dienstgebäude des Reichsversicherungsamts beantragen die Abgg. Freiherr v. **Huene** und Graf v. **Behr**, die in zweiter Beratung gestrichene erste Baurate zu bewilligen (nebst Grunderwerbsbauten, die mit 1 500 000 Mk. bewilligt worden sind, 1 900 000 Mk.).

Nach kurzer Befürwortung des Vorschlages durch Abg. Grafen v **Behr** und den Staatssekretär v **Bötticher** wird die Bewilligung in diesem Umfange ausgesprochen.

Zum Fonds für das neue Reichstagsgebäude bemerkt

Abg. Freih. v **Stauffenberg** (freis.): Der neue Reichstagsbau muß mit Allem, was die Kunst bietet, ausgestattet werden. Ich will keine Marmorbekleidung der Wände, denn dies dürfte auch zu technischen Schwierigkeiten führen. Dagegen sollte man sich nicht auf den istrischen Kalkstein kapriziren, sondern sich mit dem schönen Material begnügen, das uns Deutschlands Steinbrüche bieten. Was dagegen die Ausschmückung mit künstlerischen Werken betrifft, so soll man die Künstler aller Städte und nicht nur Berlins heranziehen. Doch möchte ich vor einer Uebereilung in dieser Beziehung warnen. Man soll sich Zeit lassen und nicht zu sehr sparen.

Staatssekretär v. **Bötticher**: Ich bin dem Herrn Vorredner für seine Anregung recht dankbar und kann nur erklären, daß man an eine gleichmäßige Beteiligung der verschiedenen Künstlerkreise denkt. Die Frage der Ausschmückung ist im Detail noch nicht durch beraten. Was das sogenannte unechte Material anbelangt, so möchte ich bemerken, daß der Stuck allein etwa 1 Million Mark kosten würde. Es ist überhaupt noch die Frage, ob man den istrischen Kalkstein in genügender Menge finden wird. Es wird Alles geschehen, um den Bau sparsam und zugleich geschmackvoll und solide aufzuführen.

Der Etat des Reichsamts des Innern wird bewilligt.

Bei dem Etat der Heeresverwaltung, Kapitel „Kriegsministerium" bemerkt Abg. **Bebel**: Die Frage der Mißhandlung der Soldaten im aktiven Dienst hat den Reichstag wiederholt beschäftigt und erregt immer noch die öffentliche Meinung. Unmittelbar, nachdem wir uns im vorigen Jahre über die Mißhandlungen von zu Reserve- und Landwehrübungen eingezogenen Lehrern beschwert hatten, erschien die bekannte Broschüre von Kurt Abel: „Vier Wochen Vize-Wachtmeister". Diese Broschüre hat ein ungeheures Aufsehen erregt. Man hielt die darin behaupteten Tatsachen für unglaublich und meinte, sie würden sich bei gewissenhafter Untersuchung als unrichtig herausstellen. Die militärgerichtliche Untersuchung hat aber in der Hauptsache diese Tatsachen bestätigt und dem Verfasser eine 14tägige Arreststrafe eingetragen, weil er die ihm zur Kenntnis gekommenen Mißhandlungen nicht der vorgesetzten Behörde angezeigt hätte! Es ist nun charakteristisch für unsere Verhältnisse, daß der Rittmeister, der Jahre lang seine Soldaten in unmenschlichster Weise maltraitirt hatte, nach Veröffentlichung jener Broschüre im Irrsinn gestorben ist. Das erinnert an einen ähnlichen Fall in Graudenz in den 80er Jahren, wo ein Hauptmann Besser ebenfalls seine Untergebenen so schlecht behandelte, daß sie ihm den Gehorsam verweigerten. Die Soldaten wurden sehr hart bestraft, der Hauptmann wurde später irrsinnig. Auch Unteroffiziere hatten sich nach jener Broschüre der ärgsten Mißhandlungen schuldig gemacht, ohne daß sie bis jetzt zur Verantwortung gezogen worden sind. So beschimpfte und mißhandelte eines Tages ein Unteroffizier einen Soldaten und sagte dann: nachher stellst Du Dich hin und dann muß die ganze Abteilung Dir ins Gesicht spucken! Ein Trainsoldat wurde angehalten, im Stalle fortgesetzt zu rufen: Ich bin ein dummes Luder! Daß das Zustände sind, die mit unserer Kultur und Zivilisation nicht in Einklang zu bringen sind, brauche ich nicht auszuführen. Ein Premierlieutenant ließ einen Mann in der Reitbahn auf einem Düngerwagen umherfahren und ihm eine Pferdetrense umlegen, und befahl ihm, wie ein Hund zu bellen. Es ist kaum zu glauben, daß man so mit Menschen umgeht, und noch unglaublicher, daß dieser Offizier an die Stelle jenes irrsinnig gewordenen Hauptmanns befördert wurde. Es heißt ja, daß Mißhandlungen Untergebener dem Avancement der Offiziere nicht hinderlich sind, während gegen Untergebene mit aller Strenge verfahren wird. Die Soldaten wagen es bei dem heutigen Meldesystem kaum, sich über ihre Vorgesetzten zu beschweren. Abel selbst ist über die Berechtigung der Mannschaften zur Beschwerde von seinem Offizier gar nicht instruirt worden, es sei ganz gut, hieß es, wenn die Soldaten nicht wissen, in welcher Weise sie ihre Beschwerden anzubringen haben. Leider besteht ja seit mehr als einem Jahrhundert die traditionelle Anschauung unter den Offizieren, die gemeinen Soldaten seien Menschen einer besonders niederen Gattung. Im Laufe des vorigen Monats ging aus der „Ostfriesischen Post" die Notiz durch die Presse, daß eine Anzahl von Landwehrmänner, die zu einer zehntägigen Landwehrübung einberufen wurden von dem Hauptmann so angeredet wurden: Ihr sechsigen Ostfriesen fühlt Euch am Wolsten, wenn Ihr vier Stunden auf Eurem Mist und vier Stunden auf Eurem Torf sitzt. Nächstens kommt Ihr auf die Rindviehausstellung wo Ihr die Medaille bekommt. Glücklicherweise bin ich kein Ostfriese, sondern Brandenburger und dort saufen man keinen Schnaps. (Heiterkeit.) Eine so empörende Behandlung von Familienvätern kann unmöglich bei den Soldaten Gesinnungen hervorrufen, welche der Unterstützung des herrschenden Systems förderlich sind. In Zittau ließ man einem Gemeinen ein Stück Eis so lange auf dem Kopfe, bis es schmolz. In Nürnberg ließ ein Unteroffizier in der Kaserne einen Mann bis auf die Haut entkleiden, goß ihm wiederholt Kübel eiskalten Wassers über den Kopf und zwang ihn, barfuß über die Kaserne zu gehen. In Folge dessen mußte der Mann ins Hospital geführt werden, weil er die Sprache verloren. Das sind einfach barbarische Brutalitäten, wie sie nimmermehr in einem zivilisirten Staate, wo die allgemeine Dienstpflicht und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht als Grundlage unseres Staates angesehen werden, vorkommen dürfen.

Danach ist es nicht verwunderlich, wenn die Zahl der Selbstmörder in der Armee in stetem Wachsen ist. Nach dem amtlichen Sanitätsbericht der königlichen preußischen, sächsischen und württembergischen Armee von 1888 haben sich 948 Mann selbst entleibt. Die Zahl der Selbstmorde verhält sich zu der Zahl der übrigen Todten in der Armee wie 22,5 : 100. Erreichte im zivilen Leben die Zahl der Selbstmorde ein Viertel der Todten, so würde ein allgemeines Entsetzen ausbrechen und Jeder bestrebt sein, diesem furchtbaren Zustande ein Ende zu machen. In jenem Sanitätsbericht werden die Gründe dieser Selbstmorde sehr verschleiert wiedergegeben. Bezeichnend ist, daß aus Furcht vor Strafe 314 genannt werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Militär-Strafgesetzbuch ist ja auch ein barbarisches, (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), welches unserer modernen Zeit nicht entspricht. Soweit wir von Bestrafungen hören, — nur in Bayern ist ja das Verfahren öffentlich, im Uebrigen besteht gewissermaßen eine geheime Vehme — werden die Vorgesetzten sehr gelinde bestraft, die Untergebenen aber mit Härte. Es ist die höchste Zeit, daß die Militärverwaltung sich endlich einmal mit der Frage abgiebt, wie diesem Mißbrauche ein Ende gemacht werden kann. Wenn man jene Berichte durchliest, so kann man sich nicht der Befürchtung erwehren, daß die Militärärzte bei der Feststellung der Tatsachen den Offizieren zu Liebe die Dinge nicht so dargestellt haben, wie sie eigentlich sind. Es kommt vor, daß Militärärzte ein Attest ausstellen, um den Vorgesetzten die Möglichkeit zu bieten, den betreffenden Hauptmann oder Major mit Anstand aus dem Dienst entlassen zu können. Das beweist, daß die Stellung der Militärärzte im Großen und Ganzen eine unwürdige ist, daß sie vielfach genötigt sind, Rücksichten zu nehmen, die mit ihrer wissenschaftlichen Ueberzeugung und ihrer Stellung nicht zu vereinbaren sind. Im ersten Dienstjahr betrug die Zahl der Selbstmorde 405, im 2. 192, im 3 112, im 4. 144 und in den höheren Dienstjahren 188. Diese letztere Zahl ist überraschend. Die Chargirten nehmen sich oft das Leben aus Furcht vor Strafe wegen Mißhandlung der Untergebenen, wie dies noch letzthin in Erfurt passirt ist. Man schärft den Soldaten ein, ihre Pferde menschlich zu behandeln, weil die Tiere so am besten ihren Zweck erfüllen. Soldaten gegenüber scheint man diese Rücksicht nicht zu nehmen, obwol doch bekanntlich human behandelte Soldaten mindestens ebenso gut ihren Dienst verrichten, wie die anderen. Unter dem Train grassiren die Selbstmorde am meisten, obwol die Dienstzeit nur sechs Monate beträgt; ihre Zahl ist doppelt so hoch wie bei der Kavallerie. Das Militär-Strafprozeßverfahren muß endlich von Grund aus verändert werden. Es heißt, daß seit einer Reihe von Jahren zwischen den verbündeten Regierungen über diesen Punkt Unterhandlungen bestehen; man soll sich bemüht haben, die bayerische Regierung zu bewegen, auf das in Bayern bestehende Militärgerichts Verfahren zu verzichten, um ein allgemeines, gleichmäßiges Militärgerichtsverfahren durch ganz Deutschland herzustellen. Dazu soll die bayerische Regierung nicht geneigt sein. Die Oeffentlichkeit des Verfahrens würde am besten dazu beitragen, daß die Vorgesetzten human und menschlich mit ihren Soldaten umgehen. Es ist kaum glaublich, daß Richter, Ankläger und Verteidiger in der Person des Auditeurs in einer Person vereinigt sind. Die Einrichtung des einjährig-freiwilligen Dienstes begünstigt lediglich die Söhne der herrschenden Klassen. Was soll man aber dazu sagen, daß Hallenser Studenten als Einjährige unter den Augen ihrer Offiziere auf der Mensur liegen, und die Militärverwaltung hat alle Ursache, einmal sehr ernste Umschau zu halten, ob diesen Mißbräuchen nicht ein Ende gemacht werden kann. Ich erkläre rund heraus, daß ich es mir von jetzt ab geradezu zur Aufgabe machen werde, jede Mißhandlung im Laufe des Jahres festzustellen und daß ich Veranlassung nehmen werde, diesen Gegenstand zu einem stehenden Thema in den Beratungen des Reichstags zu machen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Kaltenborn: Der Zweck der Schilderung des Vorredners ist mir nicht klar geworden. Die Absicht, auf die Mehrheit des Hauses zu wirken, hat der Vorredner wol nicht gehabt und ich hoffe, daß an den Stellen, auf die die Rede gemünzt war, sie keinen Anklang finden wird. Ich hoffe, die Armee wird sich nicht davon aufregen lassen. (Beifall.) Man wird nicht glauben, daß diese Zustände allgemein verbreitet sind. Es bedurfte der Mahnung aus dem Hause nicht, daß der Neigung zum Mißhandeln der Leute entgegengetreten werden müsse. Ich fordere den Beweis, daß irgend eine Mißhandlung nicht gesetzliche Sühne gefunden hat. (Zuruf links: Gesetzliche Sühne.) Die Beschwerden, welche der Vorredner auf Grund von Broschüren und Zeitungsartikeln vorgebracht hat, entbehren der Grundlage; ein Blick in die Militär-Strafprozeßordnung hätte ihn davon überzeugen müssen. Von oben herab wird auf die gute Behandlung Gewicht gelegt. Daß Mißhandlungen vorkommen, ist richtig. Es handelt sich eben zum Teil um junge Leute, die sich hinreißen lassen. Es wäre nur dann richtig, Vorwürfe deswegen zu erheben, wenn es bewiesen werden könnte, daß dem nicht mit aller Bestimmtheit und Strenge des Gesetzes entgegengetreten wird. (Zuruf links: Auch durch Zurückstellung im Avancement?) Ich kann nicht auf Alles eingehen, da ich auf die Einzelheiten nicht vorbereitet bin. Bezüglich der Broschüre von Abel muß ich zugeben, daß das Meiste, was darin behauptet wird, tatsächlich vorgekommen ist; aber der betreffende Offizier starb irrsinnig. Auf Grund der Broschüre ist nachträglich in den Sachen nachgeforscht worden, und es sind zahlreiche strenge Bestrafungen erfolgt. Der Beschwerdeweg ist nicht schwierig und kompliziert, sondern sehr einfach. Es giebt einen vollständigen Instanzenzug, und es sind Kautelen geschaffen, daß böswillige Beschwerden bestraft werden. Die Frage der Mißhandlung hat mit der Beschwerde gar nichts zu tun. Es ist nur die Meldung zu erstatten. Man darf ja jetzt wol erwarten, daß nicht der kleinste Fall mehr verschwiegen bleiben wird, und alle werden nach der Strenge des Gesetzes untersucht und geahndet werden. Die Zahl der Selbstmorde hat übrigens in der letzten Zeit abgenommen. Die Selbstmorde werden darauf zurückgeführt, daß wir in Deutschland verschiedene Rassen und Stämme haben.

Abg. Bebel: Ich habe nur verlangt, daß die Militärverwaltung diesen Dingen größere Aufmerksamkeit schenkt, als es bisher der Fall gewesen ist, um den unleugbar vorhandenen Mißständen zu begegnen. Ich habe nicht gesagt, daß diese Zustände allgemein vorhanden sind, sondern nur in wesentlichen Teilen der Armee, und habe sogar ausdrücklich betont, daß vielleicht die Mehrheit der Vorgesetzten von humanen Gesinnungen beseelt ist. Der Kriegsminister begann damit, daß er meinte, ich habe es für gut befunden, diese Dinge zur Sprache zu bringen. Das ist mein Recht als Volksvertreter, und ich werde mich durch ihn nicht davon abbringen lassen, ob sie ihm gefallen oder nicht. Wenn die Vorführung solcher Tatsachen eine gewisse Erregung in die Armee bringt, dann mag man mich nicht verantwortlich machen, sondern Diejenigen, welche solche Zustände hervorrufen. Der Kriegsminister sprach von schweren Bestrafungen, die eingetreten seien. Das freut mich. War es aber auch eine Bestrafung des Premierleutnant Nadler, der eine Trense den Leuten in den Mund legte, sie auf allen Vieren in dem Kasernenhofe spazieren und wie Hunde bellen ließ, zum Hauptmann befördert worden ist? Wenn jederzeit die Bestrafung in solcher Belohnung besteht, dann dürfte man sehr lange warten, bis die von mir gerügten Zustände abnehmen. Die Bestimmungen über den Beschwerdeweg sind sehr klar und einfach. Wenn trotzdem die Soldaten in der ungeheuren Mehrzahl nicht wagen, die Beschwerde anzubringen, so geschieht das, weil sie ganz genau wissen, daß von dem Augenblick an ihnen das Leben so sauer gemacht wird, daß sie eine zweite Beschwerde gern unterlassen. Das ist die allgemeine Erfahrung. Mir ist auch wol bekannt, daß der Allerhöchste Kriegsherr eine ausdrückliche Verordnung erlassen haben soll, wonach unter Androhung der schwersten Strafen die Mißhandlungen unterbleiben sollen. Wenn trotzdem die Zeitungen fortgesetzt solche Dinge bringen, so ist das ein erschreckender Beweis für die Wirkungslosigkeit eines derartigen Befehls des Allerhöchsten Kriegsherrn und wie fest das bisherige System eingewurzelt ist. Hier bedarf es anderer Mittel. Zur Entschuldigung des Verhaltens der Offiziere gegen die Landwehrleute in Aurich führt der Kriegsminister an, daß die Rekruten nicht einmal den Namen des Kaisers wußten. Was kann man denn die Landwehrleute dafür verantwortlich machen? Die schlechte Behandlung hat sich übrigens nicht bloß gegen die Schullehrer, sondern gegen die ganze Kompagnie gerichtet. Daß die Selbstmorde aus Rassenabstammung oder gewisse Stammesneigungen entstehen, das festzustellen ist dem Kriegsminister vorbehalten geblieben. Die verschiedenen Armeekorps partizipiren daran und unzweifelhaft ist die Behandlung der Soldaten in erster Reihe die Ursache. Der Kriegsminister dürfte durch seine heutige Behandlung dieser Dinge an seiner eigenen Autorität Einbuße erleiden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Szmula (Zentr.) protestirt dagegen, daß die Schilderung Bebel's berechtigt sei. Aus seiner 25jährigen Erfahrung als Offizier müsse er die Richtigkeit bestreiten.

Abg. Hinze (Dfr.): Für die Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens auch in militärischen Dingen treten auch Vertreter der Partei des Vorredners ein, so z. B. Windthorst und Reichensperger; diese Oeffentlichkeit besteht übrigens schon in Bayern.

Das Kapitel Kriegsministerium wird genehmigt und darauf um 5½ Uhr die weitere Beratung vertagt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 15. März 1891.

Zur Invaliditäts- und Altersversicherung. (Fortsetzung.) Zu den mitgeteilten Bestimmungen des Bundesrats werden von ihm folgende Erläuterungen gegeben:

„Durch die Bestimmungen über die Befreiung vorübergehender Dienstleistungen von der Versicherungspflicht wird die Anleitung des Reichsversicherungsamts über den Kreis der versicherungspflichtigen Personen, welche nach der Amtsblattbekanntmachung vom 22ten vorigen Monats (A.-Bl. Stück 48 Beilage) von den Behörden im Allgemeinen beachtet werden soll, in einzelnen Beziehungen modifizirt. Insbesondere werden durch Aufwärter, Aufwärterinnen u. s. w., welche in Städten an demselben Tage in verschiedenen Häusern niedere häusliche Dienste von kurzer Dauer verrichten, z. B. das Reinigen der Wohnungen und Kleider bei verschiedenen Arbeitgebern derart übernehmen, daß sie zwar täglich bei jedem einzelnen dieser Arbeitgeber, bei jedem aber nur für kurze, oft auf Bruchteile von Stunden bemessene Zeit die ihnen zufallende Hausarbeit verrichten und in diesem Sinne „von Haus zu Haus gehen", von der Versicherungspflicht befreit. Dasselbe gilt rücksichtlich gelegentlicher oder zwar regelmäßiger aber geringfügiger Arbeiten solcher Personen, welche berufsmäßig Lohnarbeit überhaupt nicht verrichten, z. B. von gelegentlich (in der Ernte u. s. w.) mithelfenden Ehefrauen von Arbeitern oder von selbstständigen Handwerkern, Büdnern u. s. w., die ebenfalls gelegentlich (z. B. in der Ernte) gegen Lohn Arbeitshülfe verrichten aber nicht berufsmäßig Tagelöhnerei betreiben. Berufsarbeiter, welche in einem ständigen Arbeitsverhältnis zu einem bestimmten Arbeitgeber stehen, nebenher aber (etwa im Nebenberuf auch bei andern Arbeitgebern, ohne ihr ständiges Arbeitsverhältnis zu unterbrechen, einzelne Dienste verrichten, sind rücksichtlich der letzteren von der Versicherungspflicht gleichfalls befreit, so daß für diese Nebenarbeit dann, wenn sie in der Kalenderwoche zuerst verrichtet wird, von dem betreffenden Arbeitgeber Beiträge nicht zu entrichten sind (vergl. § 100 des Gesetzes vom 22. Juni 1889). Dagegen sind Berufsarbeiter, deren Berufsarbeit darin besteht, daß sie bei verschiedenen Arbeitgebern wechselnde Dienste verrichten (z. B. städtische Arbeitsleute, Wegearbeiter, solche landwirtschaftliche Arbeiter, welche kein ständiges Arbeitsverhältnis haben, sondern bei jedem beliebigen Arbeitgeber in Lohnarbeit treten, der sie grade braucht, Hafenarbeiter u. s. w.), nach wie vor versicherungspflichtig. Dabei muß es sich aber um Arbeit in fremdem Betriebe handeln, während Personen, welche ein selbstständiges für eigene Rechnung betriebenes Gewerbe aus der Leistung persönlicher vorübergehender Dienste bei verschiedenen Personen machen, z. B. selbstständige Dienstmänner, Kofferträger, Fremdenführer, Stiefelputzer und ähnliche Gewerbetreibende als Unternehmer eines selbstständigen Gewerbebetriebes der Versicherungspflicht nach dem Gesetz nicht unterliegen. Personen, welche als Wäscherinnen, Plätterinnen (Büglerinnen), Schneiderinnen oder Näherinnen, Wäsche- oder Kleidungsstücke bearbeiten oder herstellen, sind, sofern sie diese Arbeiten in den Wohnungen ihrer Kunden verrichten (von Haus zu Haus gehen) und nicht regelmäßig wenigstens einen Lohnarbeiter beschäftigen, als versicherungspflichtige Arbeiter, wenn sie dagegen jene Arbeiten in der eigenen Behausung, sei es für Kunden oder sei es für andere Gewerbetreibende (Ladengeschäfte u. s. w.) verrichten, als Betriebsunternehmer bez. selbstständige Gewerbetreibende und deshalb als nicht versicherungspflichtig zu behandeln.

Wegen der vorübergehenden Beschäftigung gewisser Ausländer im Inlande sind an zuständiger Stelle weitere Entschließungen vorbehalten.

Die Zahl der Altersrenten, die im Laufe des Monats Februar angemeldet worden sind, beläuft sich auf 40 491 gegen 27 894 im Januar. Von diesen und den aus dem Januar unerledigt übernommenen 22 262 Ansprüchen sind im Laufe des Februars anerkannt 16 025, zurückgewiesen 1574, auf andere Weise erledigt 195, so daß 44 959 Ansprüche auf den Monat März übergingen. Im Ganzen waren bis zum 28. Februar 27 593 Altersrenten bewilligt. Die größte Zahl der Februar-Anmeldungen entfällt auf Schlesien (5520), dann folgen Brandenburg, Ostpreußen, die Rheinprovinz, Sachsen-Anhalt, und die wenigsten hat Hannover mit 2579. Das Rechnungs-Bureau des Reichs-Versicherungsamts hat mit der Verteilung der Altersrenten an die beteiligten Anstalten bereits begonnen.

Breslauer Konsum-Verein. Alle Mitglieder, welche sich am Protest gegen die Beschlüsse der letzten General-Versammlung beteiligen wollen, werden zu einer Versammlung auf Donnerstag, den 19. März cr., Abends 8 Uhr, in den großen Saal des Breslauer Concerthauses, Gartenstraße Nr. 16, eingeladen. Das Protest-Comitee setzt auf die Tagesordnung; 1. Besprechung unserer letzten General-Versammlung, Stellungnahme zu derselben und Beantragung einer neuen außerordentlichen General-Versammlung. 2. Aufstellung der Tagesordnung für die nächste außerordentliche General-Versammlung. Lagerhalter und sonstige Angestellte des Vereins haben keinen Zutritt. Zur Deckung der Unkosten werden 10 Pf. Entree erhoben. Der wird Saal nicht vor 7 Uhr geöffnet.

Die Augenheilanstalt von Professor Dr. Magnus versendet ihren Bericht über die Zeit vom 1. April 1889 bis 31. Dezember 1890. In diesem Zeitraum besuchten 8011 Patienten (3896 Männer, 4115 Frauen) die Anstalt und waren in derselben vorübergehend zwei Aerzte, teils als Assistenten, teils behufs Anfertigung wissenschaftlicher Arbeiten oder zur weiteren Ausbildung beschäftigt. 10,17 Prozent aller Augenkranken (85[illegible]) litten an Myopie (Kurzsichtigkeit) und wurde an 30[illegible] Fällen Vererblichkeit derselben nachgewiesen. 712 Augenerkrankungen wurden durch Allgemeinerkrankungen hervorgerufen, wie Skrophulose, Influenza, Diphtherie u. a. Im Ganzen wurden 203 größere Operationen vorgenommen.

Ferienplan der Breslauer Volksschulen. Nach den von den Herren Stadtschulinspektoren gemachten Vorschlägen wird hiermit angeordnet, daß die öffentlichen Prüfungen an sämmtlichen hiesigen städtischen Volksschulen in diesem Jahre am 23. und 24. März in der Zeit von 9—12 Uhr Vormittags abgehalten werden. Mit der Prüfung ist in den Mädchenschulen eine Ausstellung der Handarbeiten aller Klassen zu verbinden; in Bezug auf diese Ausstellung ist seitens der beteiligten Handarbeitslehrerinnen auch die Inspicientin Fräulein Simon zu hören. Am Schlusse der Prüfungen erfolgt die Entlassung der ausscheidenden Schüler und Schülerinnen durch den Rektor. Die Leitung und gesammte Ordnung der Prüfung bleibt überall den Rektoren überlassen, welche auch die Mitglieder des Schulvorstandes einzuladen haben. Die Verteilung der einzelnen Schulen auf die beiden genannten Prüfungstage ist folgende: Montag, den 23. März d. J. erfolgt die Prüfung in den evangelischen Volksschulen 1, 2, 6, 11, 16, 17, 20, 21, 22, 25, 28, 29, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 42, 43, 45, 46, 47, 50, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59 und in den katholischen Volksschulen 1,

II, V, IX, X, XII, XV, XVI, XVII, XIX, XXIV, XXV, XXXI, XXXIII, XXXIV, XXXV, XXXVII, XXXVIII, XXXIX, XL, XLI. Dienstag, den 24. März d. J., findet die Prüfung statt in den evangelischen Volksschulen 3, 4, 5, 7, 8, 9, 10, 12, 13, 14, 15, 18, 19, 23, 24, 26, 27, 30, 37, 38, 39, 40, 41, 44, 48, 49, 51, 60, 61, 62 und in den katholischen Volksschulen III, IV, VI, VII, VIII, XI, XIII, XIV, XVIII, XX, XXI, XXII, XXIII, XXVI, XXVII, XVIII, XXIX, XXX, XXXII, XXXVI.

— Am 11. d. M. hielt der Diskutir-Klub „Solidarität" eine Mitgliederversammlung ab, in welcher zur Vorlesung die Broschüre „Moses und Darvin" gelangte. Hierauf folgte die Diskusion und Verschiedenes. Zugleich wurde von Mitgliedern der Wunsch geäußert, öftere Besuche von denjenigen Genossen zu veranlassen, welche so zu sagen an der Spitze der hiesigen Bewegung stehn, um den Mitgliedern des Diskutir-Klubs die nötige Anleitung und geeignete Stoffe zu bieten, da ohne Saat keine Ernte schwerlich zu erzielen sein wird.

Alamirung der Feuerwehr. Gestern Abend um 8 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Friedrich-Carlstraße Nr. 18 gerufen, wo in einer Kellerwohnung des Vordergebäudes aus unermittelter Ursache ein kleiner Teil der Dielung in Brand geraten war. Die Feuerwehr brauchte nicht erst in Tätigkeit zu treten.

Warnung vor einem Schwindler. Am 9. d. M. hat sich bei einem Gutsbesitzer in Neukirch ein junger Mann eingefunden, um bei demselben in Dienst zu treten. Er gab an, erst vor Kurzem vom 5. Train-Bataillon abgegangen zu sein, weshalb er weder ein Dienstbuch noch sonstige Legitimationspapiere besitze. Er nannte sich Wilhelm Krause und wurde von dem Gutsbesitzer gegen 3 Mark Mietsgeld gemietet, verschwand aber darauf spurlos. Der Unbekannte hat auf dem einen Arm die Buchstaben W. K. tätowirt, ist blond, bartlos und von kleiner Statur. Es wird vor diesem Schwindler gewarnt; derselbe ist im Ermittelungsfalle sofort festzunehmen.

Unglücksfälle. Der Arbeiter Johann Hoffmann aus Breslau warf aus Versehen eine Lampe vom Tisch und verbrannte sich den linken Oberschenkel in schlimmer Weise. — Der Arbeiter Franz Mebus aus Schreibersdorf fiel beim Aufrichten von Stämmen zu Boden und geriet mit der rechten Hand zwischen zwei auf einander schlagende Stämme. Die Hand wurde vollständig zerquetscht. — Der Arbeiter Gustav Thiel aus Zweibrodt kam einer Flamme zu nahe, als er an der Presse in einer Zuckerfabrik einen Luftahn befestigen wollte, und erlitt bedeutende Brandwunden im Gesicht. — Der Knecht David Bindich aus Steine, Kreis Oels, wurde beim Bäumefällen von einer stürzenden Tanne zu Boden geschlagen und erlitt einen Bruch des linken Unterschenkels. — Der 65 Jahre alte Knecht Anton Scholz aus Malkwitz, Kreis Breslau, wurde von einem Pferde geschlagen, wodurch er eine schlimme Verletzung des rechten Kniegelenks erlitt. — Alle diese Verunglückten fanden Aufnahme im hiesigen Krankeninstitut der Barmherzigen Brüder.

Vermißt. Der vierzehnjährige Sohn eines Monteurs auf der Ottostraße wurde vorigen Mittwoch zur Schule geschickt, ist aber dort nicht eingetroffen und auch nicht nach Hause zurückgekehrt. Der Knabe sollte wegen einer Vernachlässigung bestraft werden und dürfte sich aus Furcht vor dieser Strafe herumtreiben. Er trägt hellgrauen Filzhut, schwarzbraunes Jaquet, schwarze Beinkleider und Ledergamaschen.

Zur Verhaftung gesucht. Der Tischlergeselle Max Werner wurde vor einiger Zeit von einem Tischlermeister an der Schießwerderstraße, bei dem er damals in Arbeit stand, beauftragt, eine bestellte Wiege bei einem Schneider abzuliefern. Als dieser Tage der Meister den Schneider aufsuchte, erfuhr er, daß sich Werner auf die Wiege bereits eine Anzahlung habe geben lassen. Da Werner dieselbe nicht abgeliefert und inzwischen seine Stelle verlassen hat, sein Aufenthaltsort aber gegenwärtig unbekannt ist, so wird er zur Verhaftung gesucht.

Polizeiliche Nachrichten. Gefunden: ein Coupon über 87,50 Mark; ein goldenes Armband. — Abhanden gekommen: einem Schuhmacher an der Schweitzerstraße ein Portemonnaie mit 6,75 Mk. — Gestohlen: einer Nähterin aus der Neudorfstr. ein Kaschmirkleid; einem Dienstmädchen aus der Freiburgerstraße ein goldner Ring mit weißem Stein. — Verhaftet vom 13. bis 14. d. Mts. 36 Personen. — Abhanden kam einem Gärtnereipächter, welcher sich zur Ordnung seiner Militärangelegenheiten nach der Ohlauer Thorwache begeben hatte, ein in graues Papier eingeschlagenes Packet, welches er auf dem Korridor hatte liegen lassen. Dasselbe enthielt einen vollständigen Jägeranzug. Personen, welche darüber Auskunft geben können, werden aufgefordert, sich auf dem königl. Polizei-Präsidium, Zimmer 21, zu melden. — Festgenommen wurde ein Arbeiter, welcher von einem Nachtwachtmann mit einem Schaff betroffen worden war, das er erst gekauft haben wollte. Später gab er zu, das Schaff entwendet zu haben, vermag sich aber nicht mehr zu besinnen, wo dies geschehen ist, da er betrunken gewesen sei.

Breslauer Marktpreise vom 14. März per 100 Kilogr.

	gute		mittlere		geringe Waare	
	höchst	niedr.	höchst	niedr.	höchst	niedr.
	M.	M.	M.	M.	M.	M.
Weizen, weißer	20,20	20,—	19,60	19,10	18,60	18,10
Weizen, gelber	20,10	19,90	19,60	19,10	18,60	18,10
Roggen	17,90	17,60	17,40	17,20	16,70	16,20
Gerste	16,—	15,30	14,40	13,90	13,30	12,30
Hafer	14,50	14,30	14,10	13,90	13,70	13,50
Erbsen	16,80	16,30	15,80	15,30	14,30	13,80

Kartoffeln (Detailpreise) pro 2 Liter 0,08—0,09—0,10 Mk.
Heu 2,10—2,40 Mk. pro 50 Kilogramm.
Roggenstroh 20,00—22,00 Mk. pro 600 Kilogramm.

Vom Hochwasser. Das diesjährige ungewöhnlich bedeutende Hochwasser trifft das an der rechten Oderseite östlich von der Stadt gelegene Niederungsgebiet besonders empfindlich. Das in Folge des bedeutenden Drucks in großer Menge auftretende Grundwasser überschwemmt einen bedeutenden Teil des Zoologischen Gartens. Die Teiche des letzteren sind aus ihren Ufern getreten; ein Teil des Platzes an der Restauration, auf welchem Tische und Stühle für die Besucher aufgestellt werden, steht unter Wasser, ebenso mehrere tiefgelegene Gänge. Die Stallungen und Tummelplätze der Hirsche, der Bisons u. A. sind fast ganz überschwemmt; die Bisons haben noch einen Fleck teockenen Bodens von 3 □M. zur Verfügung, ihre Stallung ist mit Wasser angefüllt. Am behaglichsten befinden sich natürlich die Schwimmvögel. — Das Gebiet der Scheitniger Parkanlagen ist ebenfalls stark in Mitleidenschaft gezogen. In den Anlagen, in der Nähe von Grüneiche, und von der Rösler'schen Schneidemühle ist an verschiedenen Stellen das Grundwasser herausgetreten und überschwemmt stellenweise große Flächen; dasselbe ist in dem Göppertbhain der Fall. Die Coniferen-Anpflanzung zwischen der Rennbahn und der Schwoitscher Chaussee ist ebenfalls überschwemmt und von der Paßbrücke aus nicht mehr zugänglich. Die Briskawiese bei der Parkrestauration und die dieser gegenüber liegende vertiefte Wiese sowie andere tiefer gelegene Rasenplätze sind in Teiche umgewandelt. An der Ostseite des Parkes hat das Schwarzwasser den betreffenden Parkteil überflutet und unzugänglich gemacht. Der Fahrweg und die Wiesen an der Nordseite des Scheitnigerparkes sind ebenfalls unter Wasser gesetzt. Das Gebiet nördlich vom Park, wo die alte Oder ihren Wasserüberfluß ausgegossen hat, bietet einen noch trostloseren Anblick. Gärten und Gärtnereien von Scheitnig, ein Teil des Dominialgartens 2c. liegen unter den Fluten begraben. Den ländlichen Grundstücken nördlich von Scheitnig ist die Verbindung mit dem letzteren Orte abgeschnitten. Auch an der Parkstraße, dem Kaiserpark gegenüber, bietet sich ein ungewöhnlicher Anblick; hier ist über der Ackerfläche ein umfangreicher See entstanden, und auch mehrere Villengärten stehen unter Wasser. Das Wachswasser reichte am Freitag schon an die Park-Restauration heran, so daß die an der Westseite derselben befindlichen Teppichbeete überschwemmt waren und der Zugang an der Südseite durch Bretterbelag passirbar gemacht werden mußte. Jetzt hat sich ein langsames Fallen des Wassers um die Park-Restauration bemerkbar gemacht. Der sogenannte Nachtigallensang, welcher im östlichen Parkteil nach der Parkgärtnerei und den Baumschulen führt, ist stellenweise in Folge Ueberflutung unpassirbar. Die Baumschulen sind ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen. Die munteren Gesänge der zum Sommeraufenthalt im Park eingetroffenen Vögel bilden einen eigentümlichen Kontrast zu der durch die Hochflut veränderten Parklandschaft. Im Unterwasser hat nun auch das Grundwasser die tiefer gelegenen Ackerflächen und Wiesen an der dem Strom abgewendeten Seite überflutet. An mehreren Stellen sah man das Wasser durch den Damm herausquellen; Arbeiter sind bemüht, mit entsprechendem Verbindungsmaterial Beschädigungen des Dammes möglichst zu begegnen. Vielfach hat das Grundwasser Maulwürfe und Feldmäuse aus ihren Bauen verdrängt, und im Scheitniger Park sieht man zahlreich die Maulwürfe flüchten.

Aus Ohlau wird unterm 13. d. Mts geschrieben: Das Hochwasser, daß seit ungefähr 36 Jahren die diesmalige Höhe nicht erreicht hat, dauert in unveränderter Weise fort. Zu dem bereits gemeldeten Dammbruche unterhalb der ehemaligen Stärkefabrik trat ein zweiter Dammriß oberhalb des großen Wehres und ein dritter in der Nähe ... Lindener Ueberfähre ein, wo der Anprall der gewaltigen Wassermengen so mächtig war, daß der achtzehn Fuß hohe Riesendamm riß. In Folge dessen wurde der Oderwald überschwemmt; ein Teil des Wassers drang bis nach der Scheidelwitzer Feldmark oberhalb des Oderwaldes, während sich die Hauptwassermasse im Nitschenwalde bis nach dem Fürstenwalde hin ergoß. Die höher gelegenen Gehöfte von Bergel ragen inselartig aus den sie seeartig umgebenden Fluthen heraus. Von Bergel aus nahmen die Wogen ihren Weg durch die Durchlässe der Wilhelminenorter Chaussee und mündeten in den weiten See, aus welchem das Dorf Ottag herausragt und welcher durch den ersten Dammbruch verursacht wurde. Der von Grüntanne kommende Flößbach ist von den Wassermengen mächtig verbreitert und führt die Fluthen nach der Oder hin. Der durch die Ueberfluthung angerichtete Schaden wird sehr groß sein. Auch der Wildbestand im Oderwalde wird sehr gelitten haben. — In Glogau ist die Oder noch weiter gestiegen; auf dem Dom hat sich die Ueberschwemmung weiter ausgedehnt, so daß an mehreren Stellen die schon vorhandenen Notbrücken erhöht, an anderen Orten neue Brücken hergestellt werden mußten. Aus dem Glogau benachbarten Oberau sind dem „Niederschlesischen Anzeiger" eine Anzahl von Klagen zugegangen. Zunächst wird bedauert, daß die Wasserbauinspection ihre Wasserstandsübersichten nur an Ort und Stelle und durch die Presse veröffentlich. Für Leute, deren ganzes Wohl und Wehe manchmal davon abhängt, daß sie eine Stunde früher über das Anrücken einer neuen Hochwasserwelle verständigt werden, sei es von Wichtigkeit, sobald wie möglich die neuesten Nachrichten vom Wasserbauamt zu erfahren. Deshalb sei zu wünschen, daß die Wasserbaubehörde die bedrohten Dörfer durch Eilboten auf dem Laufenden erhalte und ihnen nicht, wie es bisher geschehen sei, überlasse, sich unter großen Opfern an Zeit und Geld die Nachrichten selbst vom Landrathsamt zu holen. — Weiterhin wird eine Einrichtung vermißt, die in früheren Zeiten bestanden hat. Seiner Zeit hatte der Wasserbauinspector an jede Publication der Wasserstandsnachrichten eine Erläuterung angeschlossen, aus der hervorgegangen sei, wie lange nach seiner Meinung das Hochwasser noch anhalten werde, wann besondere Gefahr bevorstehe und ähnliches mehr. Diese Zusätze wären allerdings nur subjectiver Natur und nicht immer richtig gewesen; aber sie hätten doch manchem Landmann der sich aus dem Zahlenmaterial allein kein rechtes Bild machen konnte, Gelegenheit gegeben, sich ein klareres Urteil zu bilden und seine Vorsichtsmaßregeln dementsprechend zu treffen. Zum Schluß wird darüber geklagt, daß die Post angesichts des Hochwassers keinen Briefboten mehr nach Oberau sende, sondern die Besorgung der Briefe Privatpersonen anvertraue.

Breslau. (Landgericht. Strafkammer I. — Ein ungetreuer Verwalter.) In Breslau besteht seit länger als Jahresfrist im Gewerbe der Buchbinder eine sogenannte Lohnkommission, welche sich an dem Fachverein der Buchbinder anschließt. Der Vorort der Fachvereinsverbindung ist Stuttgart. Als in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres in einer der größten Werkstätten Breslaus ein partieller Streik ausbrach, erhielten die hiesigen Vertreter der Lohn- oder Streikkommission von der Zentralstelle in Stuttgart sofort 200 Mark eingesandt, welcher Summe der dortige Lokalverein noch 50 Mk. zufügte. Die Gelder gelangten in die Hände des damaligen Vorsitzenden, des Buchbindergesellen Otto Munder, welcher dieselben auch zu verwalten hatte. Bei einer seitens des Vorstandes vorgenommenen Revision wurden verschiedene Unregelmäßigkeiten entdeckt; beispielsweise hatte Munder außer den Unterstützungen an einige der Streikenden noch Darlehne aus der Kasse gegeben. Aber auch wenn man diese Beträge in Betracht zog, fehlten immer noch mindestens 250 Mk. an dem rechnungsmäßigen Kassenbestande. Ehe die vollständige Abrechnung zusammengestellt werden konnte, verschwand Munder aus Breslau und ersuchte in einem Abschiedsbriefe die Kollegen, ihm die Abrechnung nach Berlin zu senden; von dort werde er für die fehlende Summe einen Schuldschein einsenden. Dabei gab er zu, daß er die Gelder in eigenem Nutzen verbraucht habe. Auf Antrag des Zentralvorstandes wurde er in Berlin verhaftet und nach hier in die Untersuchungshaft gebracht. Heut stand er unter der Anklage der Unterschlagung in idealer Konkurrenz mit Untreue vor der Ersten Strafkammer. Der jetzige Vereinsvorsitzende, Herr Konrad, bekundete, daß die von Munder unterschlagenen Gelder 257,50 M. betragen. Der Staatsanwalt brachte mit Rücksicht auf den groben Vertrauensbruch, den der Angeklagte verübt, 1 Jahr Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust in Antrag. Das Urteil des Strafkammer-Collegiums fiel in Höhe des gestellten Antrages aus.

Lese- und Discutir-Club „Ferd. Lassalle."

Die regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen finden jeden Dienstag, Abends 8 Uhr im Restaurant A. Schölzel, Augustastraße 4 statt. — Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht

Der Vorstand.

NB. Die Mitglieder werden für Sonntag, den 15. März Abends zu einem gemüthlichen Beisammensein eingeladen.

Socialdem. Lese- und Discutir-Club „Solidarität".

Mitglieder-Versammlung

Mittwoch, den 18. März 1891

im Lokal des Herrn Rüster, Lehmdamm Nr. 28.

Tages-Ordnung:

1. Vorlesung: „Moses oder Darwin?"
2. Vortrag unseres Mitgliedes und Genossen Kuhl: **„Die Entwicklung der Socialdemokratie."**
3. Discussion.
4. Vorschläge zu der am nächsten Mittwoch stattfindenden Vorstandswahl.
5. Verschiedenes.

In Anbetracht der wichtigen Tages-Ordnung werden die p. t. Mitglieder ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Gäste sind willkommen.

Der Vorstand

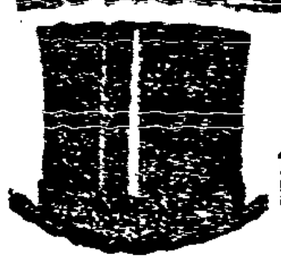
Sozialdem. Lese- und Discutir-Club „Freiheit".

Die regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen finden jeden **Mittwoch, Abends 8 Uhr,** im Lokale des Herrn **Schubert, Striegauerplatz 11** (Gasthof zur Einigkeit) statt.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

NB. Gäste haben Zutritt.



Herren- und Knaben-Hüte

mit Controll-Marke sowie Mützen

liefert billigst in großer Auswahl

H. Menzel,
Gräbschnerstr. 19.

Glas- und Porzellan-Handlung,

eigene Malerei

empfiehlt Thür- und Grabschilder billigst, feine decor. Kaffeeservice von 3,50 Mk. an, Liqueur-, Bier- Wasch- und Tafelservice, sowie Ersatztheile. Wassergläser 6 Stck. 50 Pf., Lager in weißem Porzellan Auswahl von Gelegenheitsgeschenken u. Restaurationsartikeln

Schmidt, Elisabethstrasse 3, am Ring.

Möbel-Tischlerei

und Sager selbstgefertigter **Möbel** in allen Holzarten filigranartiger Ausführung und soliden Preisen empfehlen

C. Florian & E. Blase,
Tischlermeister.
Friedrich-Carlstrasse 13 u. Kupferschmiede-Strasse 11

Der wahre Jakob.

Illustrirtes sozialdemokratisches Witzblatt.

No. 121

ist erschienen.

Preis 10 Pfg.

Zu beziehen durch die Colporteure sowie durch die Expedition dieses Blattes.

Arbeiter

kaufen Hamburger Lederhosen, Westen, Hemden, Jacken, Blousen, Jüchen, Inlets, Chemiletts, Cravatten, Damen- u. Kindernröcke der, Strümpfe u. Socken, Gardinen, in nur dauerhafter Qualität, zu billigen Preisen.

H. Glauer, BRESLAU. Friedrichstr. 51.
Fabrik für Arbeitergarderobe.

Nur für Arbeiter!

liefert billigst Herren-Anzüge, Knaben-Anzüge, Arbeits-Anzüge, Hamburger Leder-Hosen von 4 Mark an,

Die Handlung Neumarkt 45,
Ecke Kuferschmiedestr.

G. Knauerhase.

Sumatra,

gute, weißbrennende Decken, à Pf. 1.80 Mark bis 5.00 Mark,

staubfreien Grus,

à Pfd. 50 Pf., à Ctr. 45 Mark, sowie

sämmtliche Kohltabake,

zu billigsten Preisen offerirt

Johannes Kubis,
Gneisenauplatz 1.

Großer

Gelegenheitskauf!

Goldene Damen-Schlüssel-Uhren, 15 Mark an,
Goldene Damen-Remont-Uhren, 24 Mark an.
Alte silberne Schlüssel-Uhren 6 Mark an.
Schloß-Regulator, 18 Mark an,
Gelz-Regulator, 15 Mark,
Reise-Wecker 5 Mk.
sowie alle Arten

Wand-Uhren

empfehle zu billigen Preisen unter 2jähriger Garantie.
Großes Lager von
Gold- und Silber-Sachen, Ringen, Medaillons, Garnituren, Kreuze, goldene Trauringe von 6 Mk. an u. s. w.
Auch werden alte Uhren, Gold- und Silbersachen gekauft und selbige mit in Zahlung genommen.
Wiederverkäufer hohen Rabatt.

Josef Klein,
Kupferschmiedestr. 37 u. 18.

Arbeiter

kaufen am billigsten in nur reeller Ware bei

P. Knopf

Gräbschenerstraße 25,
Ecke Holteistraße,
Arbeitersachen, wie Hamburger Lederhosen, Eskimo-Hemden, blaue Blousen,
in nur dauerhafter Arbeit.
Confirmationskleider,
Kragen und Tücher, Herrengarderobe, Damen- und Kinderkleider, Schnittwaaren,
sowie Herren-, Damen- und Kinderwäsche zu anerkannt billigsten Preisen.

P. Knopf,
Gräbschener-Straße 25
Ecke Holteistraße.

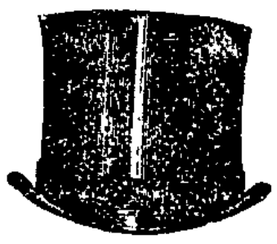
Dem Maurerpolier
Herrn Hugo Scholz
zu seinem Wiegenfeste
(16. März)
ein donnerndes Lebehoch.
P. Sch.

Lese- und Diskutir-Club C. P. Reinders.

Die Mitglieder werden ersucht alle Dienstags Abends 8 Uhr in Rüster's Local, Lehmdamm Nr. 28, recht zahlreich zu erscheinen. Gäste haben Zutritt.

Der Vorstand.

4 bis 5 Gen. find. in einem sch. H. in d. 1. Et. schön. freundl. und billiges Logis. Gefl. Anfr. bis z. 15. d. in d. Exped. d. Bl. erbeten.



Immer nur für 28 Pfhm!

Herren-Hüte

in größter Auswahl.
Vorzüglich großes Lager von Filzschuhen (eigen. Fabrik).

A. Pawlowsky,
28, Kupferschmiedestraße 28,
nahe der Oderstraße.

Gummi.

Fst. Gummi-Artikel 1, 2, 3 M. p. Dtzd.

Max Sander,
Breslau, Reusche-Strasse 58/59.

Durch die Expedition der „Schl. Volkswacht" sind folgende Schriften zu beziehen:

Moses oder Darwin? Allen Freunden der Wahrheit zum Nachdenken vorgelegt von Professor Dotel-Port.

J. Stern. 3. Aufl. Thesen über den Sozialismus, sein Wesen, seine Durchführbarkeit und Zweckmäßigkeit. 30 Pf.

W. Liebknecht's Volks-Fremdwörterbuch. 6. Auflage Preis, geb. 3 Mk. In 12 Heften à 20 Pf.

Lichtstrahlen der Poesie. Gedichtsammlung, ausgewählt v. Max Kegel. Illustrirt von Otto Emil Lau. In Prachtband, mit Goldschnitt, gebunden. Preis Mk. 3 50.

Internationale Bibliothek.

Aveling, **Die Darwin'sche Theorie.** Gebund. Mk. 2,00.
Kautsky, **Marx' Oekonomische Lehren.** Gebund. Mk. 2,00.
Köhler, **Weltschöpfung und Weltuntergang.** 2. Aufl. Gebd. Mk. 3,50.
Die ländliche Arbeiterfrage. 2. Aufl. Gebund. Mk. 2,00.
Kautsky, **Thomas More.** Geb. Mk 2,50.
Bebel, **Charles Fourier** Geb. Mk. 2,50.
Schippel, **Das moderne Elend.** Geb. Mk. 2,00.
Blos, W., **Die französische Revolution.** Broschirt Mk. 4,00. Gebund. Mk. 5,50. Auch in 20 Heften zu beziehen à 20 Pf.
Bommeli, R., **Die Geschichte der Erde.** Broschirt Mk. 4,40. Gebund. Mk. 5,90. Auch in 22 Heften zu beziehen à 20 Pf.
Dr. W. Zimmermann's **Großer Deutscher Bauernkrieg.** Illustr. Volks-Ausgabe. Erscheint in Heften à 20 Pf.
Lommel, Georg., **Jesus von Nazareth.** 13 Aufl. Historische Studie. 30 Pf.
Lommel, G., **Johannes Huß.** 7. Aufl. Historische Studie. 25 Pf.

Weltschöpfung und Weltuntergang auf Grund der Naturwissenschaften populär dargestellt v. Oswald Köhler.

Das lebhafte Entgegenkommen, welches das von der Kritik durchaus günstig beurtheilte Buch gefunden hat, veranlaßte den Herrn Verfasser, den Text der zweiten Auflage wesentlich zu vermehren und da zu berichtigen, wo es nach dem heutigen Stande der Wissenschaft nothwendig geworden ist. Ferner sind zum besseren Verständniß weitere Illustrationen eingefügt und endlich zwei Sternkarten dem Werke beigegeben worden.

Ohne Ueberhebung darf gesagt werden, daß die „Weltschöpfung" 2c. heute zu den besten populären Lehrbüchern über die Entwicklung von Himmel und Erde zählt, — in der Billigkeit des Preises dürfte es von keinem andern erreicht werden.

Die „Weltschöpfung" 2c. ist eine nothwendige Ergänzung von Bommeli's „Geschichte der Erde".

Um vielfach geäußerten Wünschen nachzukommen, ist auch die „Weltschöpfung" 2c. in der allgemein beliebten Heftausgabe à 32 Seiten à 20 Pf. erschienen. Das ganze Werk wird in 15 Lieferungen komplet vorliegen.

Probehefte liefert jeder Kolporteur.

Der Arbeiterschutz und der Achtstundentag von Karl Kautsky. Preis 30 Pf.

Ein Rückblick von 2000 auf 1887 von Edw. Bellamy. Preis 40 Pf.

Im Verlag von **J. H. W. Dietz** in **Stuttgart** ist soeben erschienen

Die Frau und der Sozialismus

von

August Bebel.

Neunte gänzlich umgearbeitete Auflage.

Preis broch. M. 2.—, geb. M. 2.50.

Die früheren Auflagen dieses Buches sind unter dem Titel: **„Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft"** erschienen und zwar des Sozialistengesetzes wegen in der Schweiz.

Der Verfasser tritt nunmehr mit der vollständig umgearbeiteten, von dem Verbote durch das Sozialistengesetz befreiten Schrift vor das deutsche Publikum.

Das Buch ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteure zu beziehen. Bei direktem Bezug durch die Exped. d. Bl. ist das Porto mit 20 Pf. beizufügen

Heinrich Heine's sämmtliche Werke!

elegant gebunden **Preis 6 Mark.**
Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

Verantwortliche: für den lokalen und provinziellen Theil: Erich Wendlandt, Klosterstraße 21.
für den Inseratentheil und Expedition: E. Zahn. — Verlag von O. Schütz. — Druck von Th. Schatzky. — sämmtlich in Breslau.